

1. Einleitung

Ankh-Morpork hat viele Regierungsformen ausprobiert und sich schließlich für die Art von Demokratie entschieden, die als Ein Bürger, Eine Stimme bekannt ist. Der Patrizier war Der Bürger. Er hatte Die Stimme.

TERRY PRATCHETT/GEVATTER TOD¹

In Terry Pratchetts Fantasyuniversum „Scheibenwelt“ zeichnen sich viele Bewohner_innen² durch eine besondere Eigenart aus: Sie nehmen Redewendungen strikt wortwörtlich. Aus dieser Eigenheit entwickelt Pratchett eine einzigartige Komik: Ganz alltägliche und selbstverständliche Denkweisen werden plötzlich auf den Kopf gestellt, indem Aussagen anders als in unserer realen Welt, aber dennoch wortgetreu gelesen werden. Wenn „ein Bürger“ als *genau ein* Bürger aufgefasst wird, so hat eben nur *ein einziger* Bürger eine Stimme. Im fiktiven Stadtstaat Ankh-Morpork ist dieser eine Bürger ein Patrizier namens Havelock Vetinari, der als mächtiges und intrigantes Staatsoberhaupt die Stadt unter der Bezeichnung „Der Patrizier“ regiert. Der Rest der Bevölkerung gilt in dieser Logik nicht als Bür-

1 Vgl. Pratchett 1990: 189.

2 Die sogenannte „Gender Gap“ ermöglicht mithilfe eines Unterstriches nicht nur Männer und Frauen, sondern auch jene Menschen zu bezeichnen, die aus dem Mann-Frau-Schema herausfallen (Menschen, die körperlich kein eindeutiges Geschlecht besitzen, die eine von ihren Körpern differente Geschlechtsidentität leben oder die von den heterosexuellen Normen abweichen). Der Unterstrich soll symbolisieren, dass zwischen dem Männlichen und Weiblichen keine klare Abgrenzung zu ziehen ist, sondern ein Übergang besteht, in welchem das Geschlecht nicht zu definieren ist. Diese Schreibweise erscheint nicht nur am geschlechtsneutralsten zu sein, sondern verweist auch auf die Inhalte dieser Arbeit. Sowohl Jacques Derrida als auch Judith Butler kritisieren die Binarität „männlich/weiblich“.

ger_innen. Ein Wahlrecht kommt diesem Rest folglich auch nicht zu. Gleichwohl bezeichnen die Ankh-Morporker_innen ihre Regierungsform als „demokratisch“.

Im Kontext unserer realen Welt ist diese Interpretation Pratchetts lustig, aber gleichermaßen irritierend und schockierend: Mit der radikalen Reduzierung der Bürgerschaft auf einen Bürger – „Den Bürger“ – schafft es Pratchett meisterhaft, die üblichen Vorstellungen zur Demokratie ad absurdum zu führen. Heraus kommt ein von uns als sehr undemokratisch empfundenes System und dies, obwohl Pratchetts Ankh-Morporker_innen durchaus dem Wortlaut der demokratischen Regel „Ein Bürger, eine Stimme“ folgen.

Nicht nur am fiktiven Ankh-Morpork und seiner Politik zeigt sich, dass die Auslegungen, was Demokratie denn sei, sehr stark daran hängen wie Grundbegriffe oder Schlagwörter interpretiert werden. Wer gilt als „Bürger_in“ beziehungsweise als „Subjekt“ in der Demokratie, dessen „Stimme“ Gewicht hat? Wie ist diese Stimme einzubringen? Unter welchen Umständen wird sie überhaupt gehört und als Stimme anerkannt?

Demokratie ist im 21. Jahrhundert immer noch die Idealvorstellung von Milliarden von Menschen, wie Gesellschaft und Politik organisiert sein sollten. Die Aufforderung „Mehr Demokratie wagen“ oder der Ruf nach Demokratisierung von diktatorischen und autokratischen Staaten sind aktuelle politische Forderungen, wie sich erst 2011 im „Arabischen Frühling“ erwies, selbst wenn es immer wieder autokratische Rückschläge gibt. Doch, wie Pratchett ironisch aufzudecken vermag, sind die Inhalte der Demokratie und ihrer Losungen („Herrschaft des Volkes“, „Ein Bürger, eine Stimme“, „government of the people, by the people, for the people“, „Wir sind das Volk“, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) nicht so eindeutig, wie sie oftmals erscheinen.

Die Grundlagen und Inhalte der Demokratie zu klären, ist eine bedeutsame Arbeit der politischen Theorie: Diese Grundlagen bestimmen ganz entscheidend, wie Demokratie in der konkreten Praxis gelebt wird. Ebenso steht und stand die Demokratie als Regierungsform und als normative Ordnung³ stets unter dem Druck, sich zu legitimieren. Als sich die Demokratie nach und nach in den westlichen Ländern etablierte, musste sie sich als bessere Alternative zu anderen Regierungsformen behaupten. Auch heute kämpfen die westlichen Demokratien mit vielfältigen Problemen, die das Potenzial haben, sie zu bedrohen. Um nur einige zu nennen: Viele Bürger_innen haben das Gefühl, trotz ihrer Stimme keinen Einfluss zu haben, was sich in Politik- und Politikerverdrossenheit und in hohen Raten an Nicht- und Pro-

3 Mit dem Begriff der „normativen Ordnung“ bezieht sich diese Arbeit auf die Definition von Reiner Forst und Klaus Günther: „Normative Ordnungen‘ ruhen basalen Rechtfertigungen auf und dienen entsprechend der Rechtfertigung von sozialen Regeln, Normen und Institutionen; sie begründen Ansprüche auf Herrschaft und eine bestimmte Verteilung von Gütern und Lebenschancen.“ (Forst/Günther 2011: 11, vgl. ebd.: 15)

testwähler_innen niederschlägt. Dieser Unmut wird verstärkt, weil immer mehr politische Entscheidungen nicht mehr in den Parlamenten, sondern in inter- und supranationalen Institutionen – auch ökonomischen – verhandelt und staatliche Aufgaben an diese übertragen werden.⁴ Bedrohungen von innen wie außen bewirken eine schleichende Untergrabung von Freiheits- und Bürgerrechten, um den Staat schlagkräftiger zu machen.⁵ All diese Probleme können die Demokratie aushöhlen und undemokratische Regierungsformen wieder populär werden lassen. Umso notwendiger ist es, dass die politische Theorie Lösungsansätze für diese Probleme entwickelt sowie überzeugende, anregende und mitreißende Argumente für die Demokratie bereitstellt.

Die liberale Demokratie⁶ wurde für viele Probleme des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts als Lösung empfunden und konnte daher als Regierungsform in den

4 Vgl. dazu ausführlicher Dahrendorf 2002: 16f.

5 Zu weiteren Krisendiagnosen siehe Forndran 2002; Linden/Thaa 2011; Schmidt 1998: 254-260; Vorländer 2013; Wahl 2010.

6 Mit dem Terminus der „liberalen Demokratie“ soll nicht impliziert werden, es gäbe eine liberale Demokratietheorie, die von anderen Demokratietheorien eindeutig abgegrenzt werden könne. Vielmehr beruht die Vorstellung liberaler Demokratie auf vielfältigen Ansätzen, die Überschneidungen miteinander haben, sich aber auch gegenseitig kritisieren können. Dieser Terminus wird als vereinfachender Begriff verwendet, um den Unterschied zwischen den diskutierten poststrukturalistischen Theorien und anderen Demokratietheorien zu verdeutlichen. Dabei ist zu beachten, dass auch einige Demokratietheorien bestimmte Thesen mit den poststrukturalistischen Denker_innen teilen, andere jedoch ablehnen. Für diese Arbeit werden jene Demokratietheorien als liberale Demokratietheorien eingestuft, welche die folgenden drei Kerngedanken teilen: 1) Ausgangspunkt des liberalen demokratischen Denkens ist das Individuum beziehungsweise Subjekt, das als autonom und vernunftfähig angesehen wird (vgl. Vorländer 2010: 162). 2) „Der Staat als der politische Körper der bürgerlichen Gesellschaft rechtfertigt seine Existenz allein durch die Zustimmung der Individuen.“ (Vorländer 2010: 163) Diese Zustimmung zu einem Grundkonsens über die Ausgestaltung des Staates wird zumeist durch Vertragstheorien (John Locke, John Rawls) oder deliberative Aushandlung (Jürgen Habermas) erreicht. 3) „Freiheit [ist] das notwendige konstituierende Element der liberalen Demokratie“ (Sartori 1992: 356, vgl. Schlagen 1977: 43), was zur Folge hat, dass für die liberale Demokratie „Freiheit das Ziel und Demokratie das Mittel ist“ (ebd.: 362). Diese Freiheit der Individuen soll gegen den Staat verteidigt werden durch Institutionen wie die Grundrechte, eine Verfassung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und regelmäßige Wahlen. Als weitere typische Vertreter der liberalen Demokratie gelten Montesquieu, Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill, Robert Dahl und Joseph Schumpeter. Vgl. hierzu auch Kapitel 3, in dem die Kritiken der Poststrukturalist_innen an der liberalen Demokratie erläutert werden.

westlichen Staaten einen Siegeszug antreten. Sie stellt heutzutage *die* prägende normative Ordnung der westlichen politischen Systeme dar. Ihre Legitimation baut auf zentralen politikwissenschaftlichen Begriffen sowie Werten auf: Kernvorstellungen wie das autonome und rationale Subjekt, die Delegierbarkeit der Macht und Politik als Aushandlung von Interessen sowie Werte wie Vernunft, Freiheit und Gleichheit bilden das normative Grundgerüst, durch welches die Demokratie ihre Überzeugungs- und Anziehungskraft sowie ihre Faszination erhält.

Die klassischen Grundbegriffe der Demokratie (Identität, Subjekt, Macht, Politik, Repräsentation) und ihre zentralen Werte (Vernunft, Freiheit, Gleichheit) sind jedoch umstritten und zwar sowohl auf der Ebene der praktischen Umsetzung in den demokratischen Staaten als auch auf der Ebene der politischen Theorie. In der Tagespolitik führen beispielsweise verschiedene Auslegungen von Freiheit zu fundamental unterschiedlichen Lösungsansätzen für akute politische Probleme. Während die Einschränkung der Meinungsfreiheit in den USA selbst bei verleumderischen Aussagen weitgehend unantastbar ist, herrscht in der Bundesrepublik Deutschland ein Konsens darüber, dass bestimmte Aussagen als rechtlich strafbar gelten. In der politischen Theorie entwickelten und entwickeln sich aus der mannigfaltigen Interpretation und Gewichtung dieser Grundbegriffe zahlreiche konkurrierende Demokratie-theorien: Vielfältige Adjektive ergänzen die jeweilige Form der Demokratie, wobei modern, liberal, ökonomisch, partizipatorisch, direkt und pluralistisch nur einige Beispiele aus einer langen Liste sind. Ebenso legen auch Gegner_innen der liberalen Demokratie die Grundbegriffe auf eigene Weise aus, um der Demokratie ihre Wirksamkeit absprechen zu können. Carl Schmitts spezifischer Politikbegriff etwa dient einer Kritik des Liberalismus (Schmitt 1996: 68ff.) und sein Demokratiebegriff zieht eine Unvereinbarkeit zwischen Demokratie und Liberalismus nach sich (Schmitt 1979).

Eine der aktuelleren Kritiken an den Fundamenten der liberalen Demokratie findet sich in einer intellektuellen Strömung, die, ähnlich wie Terry Pratchetts Zitat, scheinbare Selbstverständlichkeiten der Demokratie infrage stellt sowie irritiert, parodiert und verunsichert. Der sogenannte „Poststrukturalismus“⁷ durchleuchtet seit der Mitte des 20. Jahrhunderts entscheidende Grundbegriffe der Philosophie und

7 „Poststrukturalismus“ ist ein umstrittener Begriff, dessen Bedeutungsinhalt in der Politikwissenschaft nicht eindeutig festgelegt ist. Ein Ziel dieser Arbeit ist es, wichtige Kernthesen der poststrukturalistischen Ansätze herauszuarbeiten und damit den Begriff deutlicher zu fassen (vgl. Kapitel 1.4). Vorläufig wird auf die allgemeine Definition Johannes Angermüllers verwiesen: „Bekanntlich bezeichnet ‚Poststrukturalismus‘ einen theoretischen Diskussionszusammenhang in den Geistes- und Sozialwissenschaften, der theoretische Topoi wie den ‚linguistic turn‘, die ‚Krise der Repräsentation‘, die ‚Dezentrierung des Subjekts‘ oder die ‚Kritik des Essentialismus‘ zum Thema hat.“ (Angermüller 2007: 37).

Politikwissenschaft (vor allem das Subjekt, die Identität, die Macht und das Politische), „dekonstruiert“⁸ und hinterfragt sie. Doch im Zuge dessen, ob nun unbemerkt oder ganz bewusst, werden auch die Grundlagen der liberalen Demokratietheorie untergraben. Denn, so die berechtigten Fragen von Kritiker_innen, „Wie können die Menschenrechte und die liberale Tradition eigentlich noch verteidigt werden, wenn man das liberale Ich dekonstruiert?“ (Reese-Schäfer 1998: 144, vgl. Carver/Chambers 2008a: 32) und „Sind nicht die Konzepte *Gleichheit* und *Freiheit*, ebenso wie der Begriff des *Subjekts*, unverzichtbare Bausteine für die Fundierung politischer Emanzipationsbestrebungen? [Herv.i.O.]“ (Ludewig 2002: 70, vgl. Beer/Sievi 2010: 8)⁹

Poststrukturalist_innen kritisieren nicht allein politikwissenschaftliche Grundbegriffe. Auch auf der Ebene der Erkenntnis bezweifeln sie, dass universale Letztbegründungen für normative Ordnungen durchführbar sind. Normative Ordnungen sind für sie kontingent: Als politisch erzeugte und historisch gewachsene Strukturen haben sich normative Ordnungen auf eine bestimmte Weise entwickelt, hätten aber auch ganz anders werden können. Ihre (nach poststrukturalistischer Sichtweise) wacklige Basis verteidigen normative Ordnungen durch Rechtfertigungsnarrative, mittels derer sie sich gegen Kritik zu immunisieren versuchen. Auch die Demokratie wird im Poststrukturalismus als normative Ordnung begriffen, die sich nicht universell und/oder rational begründen lasse. Es ist nicht überraschend, dass diese Haltung auf starke Ablehnung stößt. Eines der ersten und auch schärfsten Argumente der Kritiker_innen ist, dass der Poststrukturalismus ein gefährlicher Relativismus, Nihilismus und/oder Ästhetizismus¹⁰ sei, der es unmöglich mache, die

8 Der Terminus „Dekonstruktion“ gilt als Schlagwort für Jacques Derridas Philosophie und wird in Kapitel 2.1.2 ausführlich erläutert. „Dekonstruieren“ bedeutet in diesem Zusammenhang, „eine Voraussetzung infrage zu stellen“ (Butler 1995a: 52), das heißt einen Begriff oder eine Theorie nicht als ontologisch gegeben hinzunehmen, sondern deren historischen Ursprünge und Möglichkeitsbedingungen zu erforschen. Bei einer Dekonstruktion wird davon ausgegangen, dass Begriffen eine kulturell konstruierte Bedeutung zukommt. Diese Konstruktion soll aufgedeckt werden.

9 Weitere Kritikpunkte an der Dekonstruktion politikwissenschaftlicher Grundbegriffe siehe in Kapitel 2.4 und 4.4.

10 Vgl. Bennington/Derrida 1994: 109f.; Bernstein 1991: 191; Callinicos 1989: 79; Eagleton 1997b: 130, 134; Engelmann 2013: 206f.; Frank 1984: 436; Geras 1987: 67; Hitz 2005: 10f.; Klass 2007: 231; Loesberg 1991; Manning 2001: 143; Nonhoff 1999: 24; Patrick 1997: 74; Rustin 1988: 172f.; Sarup 1993: 186; Schobert 2007: 88f.; Sokal/Bricmont 1998; Taylor 1994: 844-849; Taylor 1995: 72; van Reijen 1994: 1040; Wehler 1998: 82f.; Wolin 1992: 203; Zuckermann 2007: 6. Wie sich an den Erscheinungsdaten zeigt, riss diese Kritik an den Poststrukturalist_innen auch später, trotz der Wende hin zu ethischen und politischen Themen, nicht ab.

Demokratie als bessere Regierungsform gegenüber klassischen Alternativen wie Diktaturen, Theokratien, Monarchien oder neuartigen Staatsformen (zum Beispiel die Volksrepublik China) zu verteidigen. Vielmehr wurde diese „vornehmste Fragestellung“ (Beer 2004: 516) der politischen Philosophie diskreditiert als bloßer Machtakt, der eine vorherrschende Hegemonie stützen und unangreifbar machen soll (vgl. Ingram 2001: 139). Jeglicher Kritik an Menschenrechtsverletzungen sowie allen politischen Projekten, die sich auf universale und/oder humanistische Grundsätze berufen, würden die Grundlagen genommen.¹¹ Der Poststrukturalismus sei im Kern eine unpolitische Strömung, die politische Forderungen wirkungslos werden lasse.¹² Jürgen Habermas beeinflusste mit seiner Kritik die deutsche Poststrukturalismusrezeption maßgeblich: Er wendet ein, dass das Projekt der Moderne, nämlich Emanzipation und Aufklärung, untrennbar mit rationalen Denkweisen verknüpft sei.¹³ Wenn der Poststrukturalismus den Rationalismus als eine normative Ordnung unter vielen begreife, so müsse in Folge mit der Vernunft auch der demokratische, humanistische und emanzipatorische Anspruch aufgegeben werden. Er stuft die Poststrukturalist_innen als „Junkkonservative“ (Habermas 1990: 52) ein,

-
- 11 Vgl. Auer 2008: 262; Beer/Sievi 2010: 10; Beran 2001: 122f.; Callinicos 1989: 79; Ferry/Renaut 1987; Fraser 1995: 72; Klass 2007: 231; Krauß 2001: 395; Ludewig 2002: 149; May 1995: 7ff.; Neumeister 2000: 14 und Reese-Schäfer 2000: 234. Insbesondere in feministischen Diskursen werden poststrukturalistische Ansätze sehr kontrovers diskutiert, da gleichermaßen die universalistische Norm der Gleichheit, als auch das politische Subjekt der „Frauen“ erschüttert wird (vgl. Benhabib 1995b; Flax 1992: 446; Hänsch 1999; Lorey 1996: 8; Ludewig 2002; Meyer 2003; Paulus 2001: 41). David Ingram weist darauf hin, dass die postmoderne (und poststrukturalistische) Ablehnung von Universalismen und das Akzeptieren von fragmentierten Gruppen ohne gemeinsame Werte die Demokratie gefährde: „What makes this fragmentation a dilemma for theorists of democracy is its threat to the consensual basis underlying universal respect for basic rights and procedures. If nations (groups, persons, etc.) disagree about these fundamentals, how can they be expected to live together in peace, let alone co-operate in solving problems?“ (Ingram 2001: 135, vgl. Hartmann 2012: 143f.)
- 12 Vgl. Beran 2001: 167ff.; Berman 1990; Bonacker 2001: 149; Calarco 2000: 65; Frank 1992; Jenson 1990: 66; Krauß 2001: 401; Lau 1998: 952; Lang 1994: 652; Lang/Sauer 1998: 88; May 1995: 8f.; Nonhoff 1999: 24ff.; Rorty 1999: 105; Sarup 1993: 98; van Rossum 1985. Ähnliche Vorwürfe werden auch gegen die Strömung des Postmodernismus erhoben, welche große Überschneidungen mit dem Poststrukturalismus hat und oftmals im selben Atemzug genannt wird. Eine Zusammenfassung der Kritiken, dass der Postmodernismus apolitisch, ahumanistisch und relativistisch sei, findet sich bei Ojeili 2002: 397f.
- 13 Vgl. Habermas 1982; Habermas 1990; Mouffe 1995b: 259; Thomas 2006: 107-116.

die sich mit ihrer Kritik zwar sehr modern gäben, aber die zentralen Werte der Aufklärung mit angriffen. Ihre Haltung sei im Kern antimodern und konservativ.

Angesichts dieser Kritik könnte erwartet werden, dass sich Poststrukturalist_innen von der Demokratie eher distanzieren. Als Überraschung stellt sich allerdings dar, dass sich seit den 1980er Jahren Poststrukturalist_innen mit ethischen Fragen und der Demokratie gleichermaßen beschäftigen.¹⁴ Autor_innen wie Jacques Derrida, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Judith Butler wenden sich, trotz ihrer starken Kritik an politikwissenschaftlichen Grundlagen, der Demokratie zu. Derrida geht sogar so weit und verknüpft die Demokratie mit der Dekonstruktion: „keine Dekonstruktion ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Dekonstruktion“ (Derrida 2002a: 156). Er propagiert eine „*démocratie à venir*“. Laclau und Mouffe entwickeln eine eigene Demokratietheorie, die „radikale Demokratie“, welche auf poststrukturalistischem Gedankengut beruht. Butler bezeichnet sich genauso wie Laclau und Mouffe als radikale Demokratin und vertritt demokratische Werte.

Als radikale Demokrat_innen ordnen sich Butler, Laclau und Mouffe in einen Diskurs über die Demokratie ein, der aus einer Kritik an der liberalen Demokratie erwuchs. Dieser hat zum Ziel, sich auf die Kerneigenschaften und zentralen Werte der Demokratie zu besinnen, diese zu vertiefen und sie konsequent (radikal) in allen Lebensbereichen umzusetzen. Für diese Arbeit ist vor allem jener Teil dieses Diskurses interessant, der von poststrukturalistisch beeinflussten Denker_innen (Alain Badiou, Etienne Balibar, Judith Butler, William Connolly, Jacques Derrida, Ernesto Laclau, Claude Lefort, Chantal Mouffe, Jacques Rancière, Slavoj Žižek) geführt wird.¹⁵ Diese eint, dass sie sich in einem linken, zuweilen postmarxistischen Dis-

14 Es wird hierbei oft von einer „ethischen Wende“ gesprochen, die sich im poststrukturalistischen Denken vollzog (vgl. Baker 1995; Bischof 2004: 15; Critchley 1992; Freyer/Schenk 1996: 68; Honneth 2000: 133; Klass 2007: 234; Krauß 2001: 18; White 1991: 76). Diese Wende kann freilich höchstens auf die französischen Poststrukturalist_innen bezogen werden, da die spätere „zweite Generation“ von Anfang an in ihren Werken ethische und demokratische Fragen zum Thema macht (vgl. zum Poststrukturalismus und seinen Generationen Kapitel 1.4). Derrida sieht bei sich ebenfalls keine Wende: Für ihn waren ethische und politische Implikationen in der Dekonstruktion stets enthalten (vgl. Derrida 1991: 17f.; Derrida 2003a: 63).

15 Es muss erwähnt werden, dass sich in dieser recht weiten Definition der radikalen Demokratie Gruppen wiederfinden, die sich gegenseitig kritisieren. So werden neben den poststrukturalistisch geprägten Denker_innen auch deliberative Demokratietheoretiker_innen wie Jürgen Habermas und Seyla Benhabib als radikale Demokrat_innen bezeichnet. Beide Gruppen trennen jedoch viele Ansichten und Schlussfolgerungen. Für einen Vergleich der Unterschiede zwischen diesen zwei Strömungen der radikalen Demokratie siehe Norval 2001: 590, 593. Vgl. zur radikalen Demokratie auch Angus

kurs verorten, der die liberale Demokratie für Krisen verantwortlich macht, mit denen die westlichen Demokratien heute zu kämpfen haben. „Radical democrats argue that traditional democracy has failed to deliver on its promises of equality and civic participation. They accuse liberal democracy in particular of being too willing to sacrifice the interests of diverse groups in the name of broad consensus.” (Trend 1996b: 2f., vgl. Norval 2001: 587) Bei ihren Entwürfen für eine radikale Demokratie teilen sie folgende zentrale Aspekte, die von dem Darmstädter Arbeitskreis zur Radikalen Demokratie¹⁶ in treffender Weise zusammengefasst wurden:

„Die Vertreter des Diskurses einer radikalen Demokratie positivieren die Unbestimmbarkeit von Demokratie. Im Mittelpunkt ihrer politischen Theorien steht, mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Konsequenzen, der Gedanke, dass die ‚Mitte der Macht leer bleiben‘ muss (Lefort), dass die Demokratie notwendig ‚im Kommen bleibt‘ (Derrida), ohne sich auf einen Rekurs auf kategoriale Vernunft- und Rechtsprinzipien eine nicht-kontingente Gestalt geben zu können. Es ist aus dieser Perspektive gerade eine Leerstelle im Zentrum der Gesellschaft, die diese zusammenhält. Die demokratische Auseinandersetzung – auch und gerade über die Möglichkeitsbedingungen von Demokratie – kann nie zu einem Ende kommen. Als wesentliches Anliegen der radikaldemokratischen Autorinnen und Autoren könnte man eine Verteidigung des Politischen – verstanden als Kraft der Selbstinstituierung von Gesellschaft – begreifen, die sich praktisch in der Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung von Bürokratie, Wirtschaft und Wissenschaft niederschlägt.“ (Flügel et al. 2004: 12, vgl. Heil/Hetzel 2006: 9)

An der Strömung der radikalen Demokratie und ihrer poststrukturalistischen Vertreter_innen zeigt sich, dass anders als die Kritiker_innen befürchteten, gleichzeitig poststrukturalistisches Gedankengut als auch die Demokratie bejaht werden kann. Die vorliegende Arbeit setzt an diesem erstaunlichen Kontrast zwischen der Dekonstruktion demokratietheoretischer Grundlagen und der dennoch stattfindenden Hinwendung zur Demokratie an.

o.J.: 17; Dahlberg 2012; Little/Lloyd 2009; Mouffe 1992c; Robbins 2011; Tønder/Thomassen 2005; Trend 1996a; Wingenbach 2011.

- 16 Der Arbeitskreis um Oliver Flügel, Reinhard Heil und Andreas Hetzel hat maßgeblich dazu beigetragen, poststrukturalistisches und radikaldemokratisches Denken in Deutschland zu erforschen (vgl. Flügel et al. 2004; Heil et al. 2011; Heil/Hetzel 2006 und die Homepage: <http://www.radikal-demokratie.de/>).

1.1 FORSCHUNGSINTERESSE UND AUFBAU DER ARBEIT

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Frage, wie die poststrukturalistischen Denker_innen Jacques Derrida, Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zu einer Bejahung der Demokratie gelangen, obwohl sie viele Grundlagen der Demokratietheorie hinterfragen und Letztbegründungen für normative Ordnungen ablehnen. Liegt hier möglicherweise ein Widerspruch in ihren Theorien vor und eine Unvereinbarkeit zwischen den poststrukturalistischen Ansätzen und den demokratischen Vorstellungen? Oder sind die poststrukturalistischen Thesen mit demokratischen Normen in Einklang zu bringen? Welche Art von Demokratie entwickeln die Poststrukturalist_innen mithilfe ihrer eigenen, dekonstruierten Grundbegriffe?

Die folgenden einleitenden Kapitel schaffen die nötigen Voraussetzungen für diese Arbeit: Kapitel 1.2 erörtert den Forschungsstand und Kapitel 1.3 stellt die für diese Arbeit verwendeten Methoden vor. Kapitel 1.4 dient dazu, einen Arbeitsbegriff des „Poststrukturalismus“ zu gewinnen, damit anschließend in Kapitel 1.5 die Auswahl der hier behandelten Denker_innen begründet werden kann.

Der Hauptteil des Forschungsvorhabens gliedert sich in vier Schritte, die aufzeigen, wie die Poststrukturalist_innen von einer Dekonstruktion politikwissenschaftlicher Grundbegriffe und moderner Demokratietheorien zu einer Bejahung von bestimmten Normen und zu der Konstruktion einer zukünftigen und radikalen Demokratie gelangen. In diesen Kapiteln werden mit Ausnahme von Kapitel 3 die Autor_innen getrennt voneinander behandelt, was es Interessierten an einzelnen Denker_innen ermöglicht, diese allein zu lesen und die anderen zu überspringen.

Kapitel 2 widmet sich den erkenntnis- und politiktheoretischen Grundlagen der poststrukturalistischen Denker_innen Derrida, Butler, Laclau und Mouffe. Da jede_r der Autor_innen eigene Vorgehensweisen und Schwerpunkte entwickelt, werden ihre Theorien einzeln vorgestellt. Der Fokus liegt vor allem auf ihren Thesen zu den Erkenntnismöglichkeiten sowie zu Macht, Identität, dem Subjekt und dem Politischen. Derridas Philosophie steht, sowohl chronologisch als auch von der Radikalität seiner Schlussfolgerungen an erster Stelle (Kapitel 2.1). Da seine Thesen Butler, Laclau und Mouffe als Vorlage und Inspirationsquelle dienten, wird er in dieser Studie als Ausgangspunkt für das Verständnis der poststrukturalistischen Theorien herangezogen. In Kapitel 2.2 wird Butler vorgestellt, da ihre Gedankengänge direkter an Derrida anschließen als die Theorien Laclaus und Mouffes (Kapitel 2.3). Den Abschluss bildet die Auseinandersetzung mit der Frage, ob es sich bei den hier behandelten Autor_innen um apolitische Geister handelt, wie zuerst kritisiert wurde, oder ob sich bei ihnen im Gegenteil ein neues Denken des Politischen finden lässt (Kapitel 2.4). Kapitel 2 ist entscheidend für das Verständnis der späteren Kapitel, denn die hier vorgestellten Erkenntnisse prägen maßgeblich alle weiteren Überlegungen zur Ethik, den Normen und der Demokratie. Nur wenn die

Grundbegriffe und das spezifische Denken der Poststrukturalist_innen bekannt sind, kann von ihren Demokratiekonzeptionen ein vollständiges Bild erlangt werden. Es wird sich in diesem Kapitel zeigen, dass sich die poststrukturalistische Sichtweise auf diese Grundbegriffe stark von anderen politischen Theorien (auf welchen die liberale Demokratie aufbaut) unterscheidet.

In Kapitel 3 wird deutlich werden, dass die Infragestellung und Dekonstruktion politischer Grundbegriffe direkte Folgen für die Ausarbeitung einer Demokratiekonzeption hat. Dieses Kapitel greift die poststrukturalistische Kritik an politischen und philosophischen Grundbegriffen auf. Dieser Zwischenschritt zeigt auf, in welcher Weise die poststrukturalistische Kritik die liberale Demokratie infrage stellt. Es wird deutlich werden, dass beide Seiten nicht mit Grundlagenkritik sparen: Während die Anhänger bisheriger Theorien dem Poststrukturalismus Apolitik, Demokratiefeindlichkeit oder Nihilismus unterstellen, machen die Poststrukturalist_innen die in ihren Augen fehlerhaften Grundlagen der liberalen Demokratietheorie für aktuelle Probleme der westlichen Demokratien verantwortlich. Kapitel 3.1 liefert einen genaueren Überblick, welche Theoretiker_innen im Fokus der Kritik von Derrida, Butler, Laclau und Mouffe stehen. Ab Kapitel 3.2 wird die Kritik der Poststrukturalist_innen anhand verschiedener Themengebiete und Kernbegriffe vorgestellt. Dabei werden, soweit möglich, die Untersuchungen von Derrida, Butler, Laclau und Mouffe zusammengeführt. Im Zentrum der Diskussion stehen die bereits im demokratischen Gründungsakt vorgenommenen Ausschlüsse (Kapitel 3.2), die Ablehnung essentialistischer Vorstellungen von Identität (Kapitel 3.3) und die als „Tod des Subjekts“ stilisierte Kritik am autonomen und selbsttransparenten Subjekt (Kapitel 3.4). Daraus ergeben sich weitgehende Folgerungen. So kontern Poststrukturalist_innen die Bezichtigung der Apolitik, indem sie ihrerseits dem liberalen Demokratieverständnis eine Entpolitisierung wichtiger Bereiche der Gesellschaft vorwerfen (Kapitel 3.5). Dies zeige sich auch darin, dass Repräsentation nur als abbildend entworfen wird, obwohl sie auch produktive, identitätsbildende Funktionen übernimmt (Kapitel 3.6). Der liberalen Staatsbürgerschaft unterstellen sie einen fehlenden Gemeinschaftsbezug (Kapitel 3.7), der auch auf einem Widerspruch zwischen Liberalismus und Demokratie beruhe (Kapitel 3.8).

Kapitel 4 beschäftigt sich mit dem vermeintlichen Bruch innerhalb der poststrukturalistischen Theorien: Wie wird der Schritt von der Unmöglichkeit von Letztbegründungen aller normativen Ordnungen hin zu der Entscheidung für eine bestimmte Ordnung (der Demokratie) vollzogen? Mit welchen Strategien versuchen poststrukturalistische Denker_innen demokratische Normen zu begründen? Wie gehen sie mit dem Problem um, dass die Demokratie als normative und politische Ordnung Erklärungsmuster erfordert, welche sie eigentlich ablehnen? In diesem Kapitel werden jene Werte und Normen herausgearbeitet, welche Derrida, Butler, Laclau und Mouffe ihren demokratietheoretischen Überlegungen zugrunde legen. Dabei gilt es zu analysieren, ob diese demokratischen Normen mit den im ersten

Teil dargestellten poststrukturalistischen Grundannahmen vereinbar sind. Dieses Kapitel bildet das Herzstück dieses Forschungsprojekts.

Anschließend an die Struktur von Kapitel 2 wird in Kapitel 4.1 mit Derrida begonnen. Derrida legt seinem Denken den Anspruch zugrunde, Gewalt zu mindern (Kapitel 4.1.1). Dieser Anspruch führt zu weitergehenden Überlegungen: Um metaphysische Gewalt zu reduzieren oder zu vermeiden, muss sie zunächst aufgedeckt und kritisiert werden (Kapitel 4.1.2). Eine Minderung von Gewalt bedeutet auch, sich dem Anderen zuzuwenden und zu öffnen. Was Derrida unter dieser Beziehung zum Anderen versteht, erörtert Kapitel 4.1.3. Diese Beziehung zum Anderen bildet die Grundlage für Derridas Begriffe der Gerechtigkeit (Kapitel 4.1.4) und der Gastfreundschaft (Kapitel 4.1.5). Zu jedem dieser Begriffe bietet Derrida eine eigene Deutung an. Dies alles mündet in Kapitel 4.1.6 in Derridas Entwurf einer ethischen Haltung. Die politische Dimension wird in Kapitel 4.1.7 eingebracht, indem die Verbindung zwischen Derridas Ethik und seiner Politik der (Gast-)Freundschaft thematisiert wird. Kapitel 4.1.8 schließlich zeigt auf, wie Derrida von der Gewaltminderung und Gerechtigkeit zur Demokratie findet.

Kapitel 4.2 wendet sich Butlers ethischen Überlegungen zu. Butler fordert von der Gesellschaft und den Menschen eine Offenheit für Kritik (Kapitel 4.2.1), die eine Hinterfragung nicht als Angriff ansieht. Diese muss gepaart werden mit einer Ausweitung von Normen auf bisher Ausgeschlossene (Kapitel 4.2.2), die freilich ohne eine Offenheit für Veränderungen (Kapitel 4.2.3) nicht möglich ist. Dabei stehen ihre poststrukturalistischen Erkenntnisse im Mittelpunkt, die es unmöglich machen eine verantwortungsbewusste Ethik auf einem souveränen, selbstidentischen und reflektierten Subjekt aufzubauen. Dies würde unmenschliche Ansprüche erstellen, da die Betroffenen diesem Anspruch niemals gerecht werden könnten. Sie fordert nicht weniger als ein Umdenken: Die Unmöglichkeit sich selbst vollkommen zu durchschauen und alle Folgen des eigenen Handelns abzuschätzen, sollten in Nachsicht münden und in der Bereitschaft, Anderen mit Anerkennung und Vergebung zu begegnen (Kapitel 4.2.4). Nur so kann die Basis gelegt werden, mit dem Leben anderer verantwortungsvoll umzugehen und eine Gesellschaft zu erreichen, in der die Prekarität gerechter verteilt ist (Kapitel 4.2.5). Ähnlich wie bei Derrida kommt bei Butler die Gewaltminderung an diesem Punkt ins Zentrum ihrer Überlegungen, wenn sie fordert, möglichst vielen Menschen ein lebbares Leben mit möglichst wenigen Gewalterfahrungen zu bieten (Kapitel 4.2.6). Um dies zu erreichen, sollten in einem politischen System all die von ihr vertretenen Normen als wichtige Voraussetzungen anerkannt werden. Dies führt Butler, ohne dass sie dies explizit formuliert, über ein Ausschlussverfahren zur radikalen Demokratie (Kapitel 4.2.7).

Ausgehend von den demokratischen Diskursen und ihren Normen (Kapitel 4.3.1) bauen auch Laclau und Mouffe ihre Normen auf den Erkenntnissen des Poststrukturalismus auf, besonders auf dem Antiessentialismus und der Grundlosigkeit (Kapitel 4.3.2). Sie greifen bei den Normen jedoch auch auf andere Diskurse zu-

rück. Die Moderne steht für sie für die Ablehnung von Hierarchien und dem Anspruch auf Gleichheit (Kapitel 4.3.3). Letzterer hat sich besonders im Sozialismus manifestiert, den Laclau und Mouffe als eine grundlegende Kritik an Unterdrückungsverhältnissen lesen (Kapitel 4.3.4). Als Ergänzung zu dem Anspruch auf Gleichheit braucht es ebenso die Norm der Freiheit, wie der Liberalismus anregt (Kapitel 4.3.5). Zusammengenommen führen diese Grundsätze letztlich zur Demokratie, wie Kapitel 4.3.6 darstellen wird.

Kapitel 4.4 fasst als Abschluss die Ansätze aller vier Denker_innen zusammen und zeigt auf, dass jede_r von ihnen einen ethischen Kern in die Debatte mit einbringt, der als Referenz und Nährboden für die in Kapitel 5 ausgeführten Demokratiekonzeptionen gilt. Dabei weisen die Autor_innen Übereinstimmungen auf, wie die Reduzierung gewaltförmiger Strukturen in der Gesellschaft und die ethische Beziehung zum Anderen, zeigen aber auch deutliche Unterschiede, zum Beispiel in der Ausarbeitung dieser Beziehung zum Anderen sowie zum Verständnis und der Gewichtung von Freiheit.

In Kapitel 5 wird die vorher herausgearbeitete Bejahung der Demokratie aufgegriffen. Es wird dargestellt, welche Demokratietheorien Derrida, Butler, Laclau und Mouffe ihrerseits entwerfen. Kapitel 5.1 folgt Derrida auf seinem Weg hin zu der „*démocratie à venir*“, einer Herrschaftsform, die fähig ist die Aporien des demokratischen Denkens (Kapitel 5.1.1) zu akzeptieren. Sie baut nicht auf Essentialismen und endgültigen Festschreibungen auf (Kapitel 5.1.2) und nimmt die Zukünftigkeit und Offenheit der Demokratie ernst (Kapitel 5.1.3). Es muss eine Demokratie sein, die sich zum Anderen hin öffnet, anstatt den Demos und das dazu gehörende Staatsgebiet abzuschotten. Unumgänglich ist für Derrida eine Demokratie, die sich dem Anspruch einer absoluten (Gast-)freundschaft und Gerechtigkeit verpflichtet fühlt (Kapitel 5.1.4).

Während Derrida sich bemüht eine Ethik der Ethiken und eine Politik der Politiken zu entwerfen, bieten Laclau und Mouffe eine weniger philosophische und mehr politikwissenschaftliche Herangehensweise an. Auch Laclau und Mouffe bauen ihre gemeinsame Konzeption der radikalen Demokratie auf poststrukturalistischen Erkenntnissen auf, nämlich auf der Grundlosigkeit der Gesellschaft und der Indeterminiertheit des Sozialen. Sie richten ihr Augenmerk auf die Demokratie, weil diese den Selbstgründungscharakter von Gesellschaften verkörpert und diese Erkenntnisse damit berücksichtigt (Kapitel 5.2.1). Sie verorten ihre radikale Demokratie im Spannungsfeld von Gleichheit und Pluralismus (Kapitel 5.2.2). Mouffes agonistischer Pluralismus baut auf diesem gemeinsamen Entwurf auf und entwickelt ihn weiter (Kapitel 5.2.3). Demokratie als Herrschaftsform muss für sie sowohl die passenden Prozeduren als auch eine inhaltliche Substanz bieten. Bei den Prozeduren favorisiert sie einen streitbaren Pluralismus, in dem die verschiedenen Interessen im Wett- und Widerstreit stehen. Damit ist es möglich, antagonistische Gegensätze in agonistische Konflikte innerhalb des Systems umzuwandeln und pas-

sende Institutionen zu entwerfen (Kapitel 5.2.4). Ein Klima der Auseinandersetzung verringert das Risiko der Entstehung radikaler Gruppen jenseits der Gesellschaft, da jede Gruppierung Raum erhält, für die eigenen Überzeugungen zu streiten. Doch Mouffe zieht eine klare Grenze hin zur Beliebigkeit. Sie fordert einen demokratischen Konsens, dem sich alle unterzuordnen haben (Kapitel 5.2.5). Der Inhalt des Konsenses weicht jedoch von bisherigen Vorstellungen ab, denn obwohl Mouffe mit „Freiheit“ und „Gleichheit“ zwei Kernbegriffe als Inhalt des Konsenses sieht, verlangt sie von der Gesellschaft einen Verzicht darauf, diese Begriffe abschließend zu definieren. Ihr Konzept von Staatsbürgerschaft baut auf diesem Bekenntnis zu Freiheit und Gleichheit auf, während die Ausgestaltung und Definition der beiden Begriffe bereits wieder Teil des streitbaren Pluralismus ist.

Butlers Konzept einer radikalen Demokratie ähnelt nicht nur vom Namen her Laclaus und Mouffes Vorstellungen. Ihre Theorie baut jedoch noch stärker auf ihren ethischen Grundsätzen auf. Sie verlangt eine Hinterfragung scheinbar universeller Wahrheiten (Kapitel 5.3.1). Das Ziel dieser Kritik ist es, Ausschlüsse zu minimieren und Normen zu erweitern (Kapitel 5.3.2). Dazu benötigt es eine Haltung der prinzipiellen Offenheit für den Anderen und für Veränderungen im eigenen Weltbild (Kapitel 5.3.3). Auch Butler setzt auf einen Pluralismus, in dem Werte im Wettstreit statt im Konsens entwickelt werden (Kapitel 5.3.4). Dieser Wettstreit darf jedoch nicht in ein reines Aushalten von Heterogenität münden, sondern die Beziehung zum Anderen muss geprägt sein von Anerkennung und Vergebung (Kapitel 5.3.5). Sie plädiert für eine Politik, die vermeidet von Individuen und Gruppen eine feste, kohärente Identität zu fordern (Kapitel 5.3.6).

Die poststrukturalistischen Demokratietheorien thematisieren zusammenfassend weniger eine demokratische Staatsform mit Prozeduren und Institutionen, sondern die grundlegenden Voraussetzungen für die Weiterentwicklung von Demokratie und die dazu notwendigen Haltungen ihrer Bürger_innen (Kapitel 5.4).

Abschließend erörtert Kapitel 6, wie die behandelten Denker_innen das Problem lösen, basierend auf dem Bewusstsein von Grundlosigkeit zu politischen und ethischen Entscheidungen zu kommen.

1.2 FORSCHUNGSSTAND

Während der letzten zwanzig Jahre ist es den poststrukturalistischen Denker_innen gelungen, auch in Deutschland nicht mehr als Exot_innen und Irrationalist_innen wahrgenommen zu werden. Bis zu den 1990ern herrschte hierzulande vor allem Ablehnung und Abwehr gegenüber dem poststrukturalistischen Gedankengut vor (vgl. Neumeister 2000: 14f.; Nonhoff 1999: 23). Wie Moebius und Reckwitz treffend zusammenfassen, gilt jedoch heute: „Der Poststrukturalismus ist in den deut-

schen Sozialwissenschaften angekommen.“ (Moebius/Reckwitz 2008: 7, vgl. Angermüller 2007: 14). Er wird nicht mehr nur als eine Nischenphilosophie begriffen, die sich auf wenige Themengebiete (zum Beispiel die Geschlechterwissenschaften) beschränkt, sondern gleichermaßen die Methoden (Diskurs- und Dispositivanalyse) als auch die Inhalte werden auf breite Themengebiete angewandt.¹⁷ Seine Autor_innen haben es in den Kanon der sozialwissenschaftlichen Lehrbücher geschafft und vor allem Butler und Mouffe sind zu einem festen Bestandteil in Lehrveranstaltungen geworden. Spärlicher wird die Rezeption allerdings, wenn es um ethische Fragen geht.¹⁸

Anders als in Deutschland stellt sich die Rezeption in angelsächsischen Ländern dar. In den englischsprachigen Ländern fanden die poststrukturalistischen Denker_innen früher als in Deutschland Akzeptanz und Verbreitung. Wie in Kapitel 1.4 noch ausführlicher besprochen wird, hat das poststrukturalistische Denken vor allem in den USA wichtige Impulse bekommen und wurde in seiner heutigen Form dort erst „erfunden“. Entsprechend wurde der Großteil der Sekundärliteratur in diesen Ländern veröffentlicht.¹⁹

17 Vgl. zu Diskurs- und Dispositivanalyse: Angermüller/van Dyk 2010; Bührmann/Schneider 2008; Fairclough/Fairclough 2012; Feustel/Schochow 2010; Gee/Handford 2012; Jäger 2012; Jones 2012; Keller/Truschkat 2012. Vgl. als Überblicksliteratur zu poststrukturalistischen Themen: Bröckling/Feustel 2010; Castro Varela et al. 2011; Cohen 2001; Goebel/Suárez Müller 2007; Haverkamp 1994; Hill 2010; Hirsch/Voigt 2009; Kaltmeier/Berkin 2012; Lepper et al. 2005; Moebius/Reckwitz 2008; Neumann 1997; Newman 2005; Peters 1996; Teubner 2008; Zeillinger/Portune 2006.

18 Vgl. allgemein zum Poststrukturalismus: Kollmann/Schödel 2004; May 1995; Moebius 2003; Popke 2003; Honneth 2000. Vgl. zu Derrida: Bernasconi 1992; Bischof 2004; Gondek/Waldenfels 1997; Hitz 2005; Honert 2011; Kern/Menke 2002; Klimmer 2008; Letzkus 2002; Moebius 2003; Newman 2008; Niederberger/Wolf 2007a; Stegmaier 1998; Wetzel 2003; Honneth 2000. Vgl. zu Butler: Annuß 1998; Baer 1998; Bublit 2010; Distelhorst 2007; Distelhorst 2009; Kämpf 2002; Kämpf 2004; Krämer 2001; Leicht 2016; Marchart 2000; Meißner 2012; Moebius 2003; Rademacher 2001; Redecker 2010; Schönwälder-Kuntze 2010; Thiem 2008; Villa 2003.

19 Vgl. exemplarisch: Åkerstrøm Andersen 2003; Beger 1997: 3; Cornell et al. 1992; Cusset 2008; May 1997: 2f.; Newman 2008; Poster 1989; Sarup 1993: 2-4; Sayyid/Zac 1998: 250-254; Young 1996; Weedon 1990: 34-60. Vgl. exemplarisch für Literatur, die sich mit ethischen und/oder politischen Fragen bei Derrida, Butler, Laclau und Mouffe beschäftigt, zu Derrida: Beardsworth 1996; Bennington 2000; Boyne 1990; Bernstein 1991; Caputo 1997a; Caputo 1997b; Cohen 2001; Colebrook 2005; Cornell et al. 1992; Critchley 1992; Dews 1987; Dooley 1999; Dooley/Kavanagh 2007; Duncan 2001; Fagan et al. 2007; Hill 2007; Howells 1999; Madison 1993; Manning 2001; Mansfield 2006; McCormick 2001; Miller 2009; Newman 2005; Norris 1987; Patton 2004; Pat-

Trotz der scharfen Kritik, die Poststrukturalist_innen seien demokratieavers und/oder apolitisch, findet sich kaum Literatur, die sich dezidiert den Auswirkungen der Dekonstruktion von politikwissenschaftlichen Grundbegriffen wie dem Subjekt, der Identität oder der Politik auf die liberale Demokratietheorie widmet.²⁰ Eine Ausnahme bilden einerseits feministische Autor_innen, die relativ früh die Möglichkeiten und Probleme poststrukturalistischen Denkens für feministische, emanzipatorische und demokratische Bewegungen diskutierten.²¹ Sie beschränken sich jedoch zumeist auf die Problematik, wie (feministische) Politik ohne Subjekte und/oder Identitäten stattfinden kann.

Forschungen schließlich, welche die beiden Themengebiete Demokratie und Poststrukturalismus zusammenführen, kamen erst mit dem Erscheinen der ersten poststrukturalistischen Überlegungen zur Demokratie in den 1990ern auf (vgl. Kapitel 1.5 für eine ausführliche Betrachtung, wie sich die verschiedenen poststrukturalistischen Denker_innen zur Demokratie positionieren). Das Augenmerk dieser Arbeit liegt auf Jacques Derrida, Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe und deren Schriften zur Demokratie. Das Werk und die Rezensionen der hier untersuchten Denker_innen werden in den jeweiligen Einführungskapiteln ausführlich besprochen (vgl. Kapitel 2.1, 2.2 und 2.3).

Es zeigt sich in der Literatur, dass die poststrukturalistischen Autor_innen, mit Ausnahme von Mouffe, mehr für ihre poststrukturalistischen oder geschlechtertheoretischen Ansätze rezipiert werden als für ihre Demokratiekonzeptionen. Hauptsächlich werden ihre Arbeiten innerhalb der Veröffentlichungen zur radikalen De-

ton/Protevi 2003; Protevi 2001; Popke 2003; Readings 1989; Roffe 2004; Royle 2003; Schrijver 2010; Still 2010; Thomas 2006; Toth 2010; van Reijen 1994; White 1991; Wilhelm 2014; Wolin 1992; Wood 1992; zu Butler: Breen/Blumenfeld 2005; Carver/Chambers 2008a; Little 2010; Lloyd 2007; Loizidou 2007; Magnus 2006; Mills 2003; Mills 2007; Shulman 2011; zu Laclau und Mouffe: Bertram 1995; Clegg 2001; Clohesy 2002; Critchley/Marchart 2004a; Horowitz 1992; Howarth 1998; Howarth 2000; Jessop 1990: 288-305; Keenan 2003; Little 2002; Nash 2001; Norris 2002; Smith 1998; Thomassen 2005; Torfing 1999; Torfing 2005; Townshend 2004; Valentine 2001; Zournazi 2003.

20 Eine Ausnahme bilden Ingram 2001; McNay 1998; Paulus 2001; Reese-Schäfer 1998. Die von Amnesty International veranstalteten Vorlesungsreihen haben mehr die Frage nach der Verteidigung von Menschenrechten in der Postmoderne im Blick, vgl. Johnson 1993.

21 Vgl. Benhabib 1995c; Flax 1992; Hark 1999; Hauskeller 2000; Lemke/Töns 1998; Lorey 1996; Lurie 1997; McNay 1999; Webster 2000; Weedon 1990.

mokratie besprochen.²² In Deutschland hat sich hierbei der Darmstädter Arbeitskreis zur Radikalen Demokratie hervorgetan.²³

In diesen Arbeiten liegt das Hauptinteresse jedoch zumeist auf einer Erarbeitung der Demokratiekonzeptionen der einzelnen Denker_innen. Es fehlt bislang sowohl ein Vergleich der unterschiedlichen poststrukturalistischen Demokratiekonzeptionen als auch eine Untersuchung, in wieweit ihre poststrukturalistischen Grundannahmen mit ihren Demokratiekonzeptionen kompatibel sind. Letztere Lücke in der bisherigen Literatur werde ich im Folgenden bearbeiten.

1.3 POSTSTRUKTURALISTISCHE TEXTE INTERPRETIEREN

Ein zentrales Ziel dieser Arbeit ist zu eruieren, ob die Demokratiekonzeptionen von Laclau, Mouffe, Butler und Derrida aus ihren poststrukturalistischen Thesen heraus erklärt werden können oder zumindest mit diesen vereinbar sind. Es soll der Weg nachgezeichnet werden, wie die Poststrukturalist_innen zu einer normativen Ordnung wie der Demokratie gelangen. Welche Argumentationslinien stellen sie für die Demokratie bereit, insbesondere nachdem sie jene der bisherigen Demokratietheorien problematisieren? Diese Fragestellung entspricht traditionellen Herangehensweisen der theoretischen Forschung (vor allem den Strömungen des kritischen Rationalismus und des logischen Positivismus), welcher es neben der Entwicklung neuer Theorien auch darum geht, „bestehende Theorien in ihrer logischen Konsistenz zu prüfen“ und „kritisch auf unwahre Aussagen, logische Unstimmigkeiten und nicht haltbare Annahmen zu überprüfen“ (Kortmann/Schubert 2006: 44f.). Üblicherweise verläuft der Untersuchungsprozess von normativen Theorien nach folgendem Prozedere, welches anfänglich auch für diese Arbeit vorgesehen war:

„Zu Beginn wird die zu prüfende normative Theorie rekonstruiert. Zu diesem Zweck wird nach Literatur geforscht, in denen [sic!] die zu untersuchende normative Theorie dargelegt wird, so dass diese mithilfe einer Inhaltsanalyse nachgebildet werden kann. Daraufhin wird die Theorie einer logischen Analyse unterzogen, in der unhaltbare Schlüsse oder inkonsistente Argumentationen aufgespürt und daraufhin beseitigt werden. Schließlich folgt auch hier die Analyse der Begründung und der ‚normativen Brauchbarkeit‘ der Theorie.“ (ebd.: 47)

22 Vgl. Angus o.J.: 17; Bröckling/Feustel 2010; Dahlberg 2012; Dahlberg/Siapera 2007; Hirsch/Voigt 2009; Little 2010; Little/Lloyd 2009; Marchart/Weinzierl 2006; Mouffe 1992c; Robbins 2011; Rüdiger 1998; Suppanz 2009; Tønder/Thomassen 2005; Trend 1996a; Wingenbach 2011.

23 Vgl. Flügel et al. 2004; Heil/Hetzel 2006; Heil et al. 2011; und deren Homepage <http://www.radikal-demokratie.de/>.

Die Verfolgung klassischer Forschungsfragen und der Anspruch an die poststrukturalistischen Denker_innen, eine in sich konsistente und argumentativ auf wenigen Axiomen aufbauende Theorie vorzulegen, führt jedoch bei der Interpretation und Analyse von poststrukturalistischen Texten in ein Dilemma. Dieses resultiert daraus, dass eine textimmanente Analyse, die nach Widersprüchen und Argumentationslücken fahndet und welche die Theorien als in sich geschlossene Systeme zu rekonstruieren versucht, an die behandelten Autor_innen Anforderungen stellt, welche diese als unerreichbar zurückweisen. Laclau und Mouffe halten die Konstruktion umfassender Gedankengebäude weniger für notwendig, um die Qualität der Theorie zu untermauern, sondern mehr für einen Versuch, die unvermeidlichen Inkonsistenzen der eigenen Theorie zu kaschieren und sie vor Anfechtungen zu immunisieren. „The idea that theoretical approaches constitute philosophical ‚systems‘ with an unbroken continuity that goes from metaphysics to politics is an idea of the past, that corresponds to a rationalistic and ultimately idealistic conception of knowledge.“ (Laclau 1990a: 191) Ihre Theoriebildung ist daher nicht an einem rationalen Wissenschaftsbegriff orientiert, sondern verweist offen auf Brüche und Auslassungen. Auch Butler zielt nicht darauf ab, „to establish an internally consistent philosophical position“ (Butler 2007: 180), weswegen sie beim Philosophieren nicht unbedingt auf eine Vereinbarkeit mit ihren früheren Thesen achtet. Sie strebt keine universalistische, auf wenigen Axiomen basierende Theorie an, sondern hat den Anspruch, Universalismen zu hinterfragen. „Butlers philosophische Analysen dienen also nicht dem Entwurf eines idealen philosophischen Systems, das aus einem Prinzip abgeleitet wäre, sondern es geht ihr um Aufklärung im Sinne einer kritischen Analyse des je historisch Gegebenen in Bezug auf scheinbar unveränderbare zu Grunde liegende Denkmuster und -strukturen.“ (Schönwälder-Kuntze 2010: 85) Ähnlich Derrida: Er will mit seinen Dekonstruktionen die scheinbare Geschlossenheit von Theorien als brüchig entlarven und deren Definitionen und Axiome als unvollständig vorführen. Er zeigt auf, dass Theorien stets Ausschlüsse, Abwertungen und Ergänzungen vornehmen, um ihre Aussagen abzusichern.

„The very meaning and mission of deconstruction is to show that things – texts, institutions, traditions, societies, beliefs, and practices of whatever size and sort you need – do not have definable meanings and determinable missions, that they are always more than any mission would impose, that they exceed the boundaries they currently occupy. What is really going on in things, what is really happening, is always to come. Every time you try to stabilize the meaning of a thing, to fix it in its missionary position, the thing itself, if there is anything at all to it, slips away. A ‚meaning‘ or a ‚mission‘ is a way to contain and compact things, like a nutshell, gathering them into a unity, whereas deconstruction bends all its efforts to stretch beyond these boundaries, to transgress these confines, to interrupt and disjoin all such gathering.“ (Caputo 1997b: 31f., vgl. Bischof 2004: 109; Köpper 1999: 17; Rusterholz 1996: 162-167)

Ich teile die poststrukturalistischen Bedenken, dass Theorien die Vorgabe nicht erfüllen können, eine auf wenigen Axiomen aufbauende und durchgängige Beweisführung vorzulegen. Es stellte sich also während des Forschungsprozesses die Frage, ob die poststrukturalistischen Texte mit einer traditionellen Fragestellung erfasst werden können oder ob sie dadurch nicht im Vornhinein in ein Schema gepresst werden, aus dem sie ausbrechen wollen.²⁴ Insbesondere bei Derrida tritt diese Problematik auf, da er in seiner Philosophie in vielerlei Hinsicht gängige Begriffe und Vorgehensweisen der Politikwissenschaft kritisiert und den Wunsch nach Begründungen und nach einem Zentrum als „zutiefst metaphysisch“ einordnet (vgl. Bernstein 1991: 175 und Kapitel 2.1.1). Einige Rezipient_innen befürchten daher, mit ihrer Lesart und Analyse Derrida zwangsläufig zu „verraten“, seine Texte zu verkürzen und ihm nicht gerecht zu werden.²⁵ Manche bevorzugen daher, poststrukturalistische Theorien mittels ihrer eigenen Fragestellungen und Methoden zu untersuchen, zum Beispiel sich Derrida durch Paraphrase und „Derridabase“ zu nähern (vgl. Bischof 2004) oder mit einer Diskursanalyse die Entwicklung des poststrukturalistischen Diskurses nachzuzeichnen (vgl. Angermüller 2007).

Es gibt jedoch gute Gründe, die das Anlegen einer gängigen Fragestellung an die poststrukturalistischen Texte rechtfertigen. So hält diese Arbeit den Anspruch für angemessen, eine schlüssige und plausible Argumentation im Bereich der politischen Theorien und der Demokratietheorien zu präsentieren.²⁶ Als Vorbild dient hierbei die Arbeit von Dietrich Krauß über Derridas Politik der Dekonstruktion: „Indem sich Derrida jedoch selbst der Politik zuwendet, muß er sich gefallen lassen, daß seine Überlegungen an ihren Anforderungen beziehungsweise denen der politischen Philosophie gemessen werden.“ (Krauß 2001: 13, vgl. Engelmann 2013: 25) In dem Moment nämlich, in welchem die poststrukturalistischen Denker_innen über eine Kritik hinausgehen und eigene Demokratiekonzeptionen vorlegen, begeben sie sich in eine Auseinandersetzung mit konkurrierenden Theorien. Ihnen ist daran gelegen, einen überzeugenden Entwurf zur politischen Ausgestaltung moderner Gesellschaften vorzulegen. Die Überzeugungskraft misst sich in den vorherrschenden

24 Vgl. Bischof 2004: 118; Kimmerle 2000: 23-29; Kofman 1988: 21, 29; Wachter 2001: 21.

25 Vgl. dazu Bischof 2004: 118; Critchley 1992: 60; Derrida 1986: 16; Köpper 1999: 13; Klass 2007: 233; Lagemann/Gloy 1998: 13.

26 Auch ihre Erkenntnistheorien können im selben Sinne behandelt werden. Die besprochenen Denker_innen greifen für ihre politischen Theorien oftmals auf ihre poststrukturalistischen Grundannahmen zurück. Sie ziehen selbst eine Verbindung zwischen ihren Erkenntnistheorien und politischen Theorien. Da die erkenntnistheoretischen Theorien als Grundlage für die politischen und demokratischen Theorien den gleichen Kriterien entsprechen müssen, können auch sie mit einer herkömmlichen Fragestellung untersucht werden.

den wissenschaftlichen und politischen Diskursen jedoch vor allem an nachvollziehbaren Argumentationsketten und der Vermeidung von Inkonsistenzen. Sobald die politischen Theorien der poststrukturalistischen Denker_innen dazu dienen sollen, bestimmte politische Vorstellungen zur Organisation von Staat und Gesellschaft sowie bestimmte Werte und Normen zu propagieren, müssen sie sich darauf einlassen, dass ihre Thesen und Argumente auf Logik, Stichhaltigkeit und Einheitlichkeit untersucht werden.²⁷

Dieses Argument wird auch von Laclau und Mouffe in gewisser Weise gestützt. Beide sind sich bewusst, dass ihre Demokratietheorie nur Überzeugungskraft gewinnt, wenn sie sich innerhalb der vorherrschenden Diskurse positioniert. Sie argumentieren, dass auch Wissenschaftler_innen einer politischen Strategie folgen, wenn sie die eigenen Gesellschaftsmodelle als objektiv und wahr darstellen.²⁸ Es gibt keine Möglichkeit, zu überzeitlichen Wahrheiten zu gelangen. Die Postulierung solcher Wahrheiten ist für sie bereits ein politischer Akt. Eine Entscheidung für Demokratie kann für Laclau und Mouffe daher nicht auf wissenschaftlichem Wege gewonnen werden, sondern ist stets eine politische Entscheidung. Die Unmöglichkeit, universelle Wahrheiten zu finden, bedeutet allerdings nicht, dass Laclau und Mouffe in Relativismus oder gar Nihilismus verfallen. Sie folgen dem Prinzip der *phronesis*, das heißt sie versuchen mittels praktischer Vernunft innerhalb der gegebenen historischen und soziokulturellen Situation die relativ beste politische Wahl zu treffen.²⁹ Bei der Anwendung der *phronesis* greifen sie auf die vorherrschenden politischen Diskurse zurück (nicht ohne diese kritisch zu hinterfragen), um basie-

27 Dagegen verwehren sich Poststrukturalist_innen allerdings weniger, als gemeinhin angenommen wird. Für Derrida ist es eine Diffamierung, dass Poststrukturalist_innen nicht argumentieren wollen (vgl. Derrida 1999a: 173), und er weist zurück, dass er nicht an „die Wahrheit, die Stabilität oder Einheit der Bedeutung, an die Intention und das Sagen-Wollen glaubt“ (Derrida 2001c: 226).

28 In ihrer Argumentation werfen Laclau und Mouffe anderen wissenschaftlichen Theorien vor, objektive Wahrheiten verkünden zu wollen oder zumindest zu sehr den Anschein zu erwecken, dass die Thesen nicht nur plausibel und richtig, sondern wahr sind. Dies unterschlägt, dass mittlerweile die meisten wissenschaftstheoretischen Lehren wie der kritische Rationalismus die Sichtweise vertreten, dass eine Theorie weniger einen unumstößlichen Lehrsatz denn mehr ein Modell darstellen soll, das auch falsifiziert werden kann. Es wird im heutigen wissenschaftlichen Denken zumeist von der Überzeugung ausgegangen, dass sich die Wissenschaft der Wahrheit letztlich nur annähern kann ohne einen Absolutheitsanspruch erheben zu dürfen, und dass mehr nach Richtigkeit denn nach Wahrheit gesucht wird. Laclaus und Mouffes Kritik ist aber insofern sinnvoll, dass sie die Forderung aufstellt, den Modellcharakter der eigenen Theorie immer wieder deutlich zu machen.

29 Vgl. zur *phronesis* und Laclaus und Mouffes Weg zur Demokratie Kapitel 4.3.

rend auf ihnen die relativ beste Alternative zu entwickeln. Laclau und Mouffe stellen sich damit nicht außerhalb der heutigen wissenschaftlichen und politischen Gepflogenheiten, jedoch erheben sie für ihre Theorie keinen Absolutheitsanspruch.

Ihr Argument betrifft nicht nur die politische Entscheidung für die Demokratie. Ihrer Theorie zufolge stellen ja nicht nur politische Theorien einen politischen Diskurs dar, sondern ebenfalls die Wissenschaftstheorien.³⁰ Auch diese treffen bereits mit ihren Vorannahmen, Methoden, speziellen Begriffen und Vorgehensweisen Entscheidungen, welche Sinnzusammenhänge als richtig und zielführend angesehen werden. Auch diese Entscheidungen begreifen Laclau und Mouffe als politisch. In der Wahl der Fragestellung und der Methoden kann also ebenso das Prinzip der *phronesis* angewandt werden, um innerhalb der bestehenden wissenschaftlichen Diskurse die relativ beste Wahl zu treffen, ohne diese als absolut beste Wahl hinzustellen. Für diese Arbeit bedeutet dies, eine, wie es Butler ausdrückt, „Übersetzungsarbeit“ zwischen klassischen wissenschaftlichen Ansprüchen und poststrukturalistischen Thesen zu leisten.

Diese Übersetzungsarbeit ist vor allem bei den für diese Arbeit verwendeten Methoden vorzunehmen. Die Methodenwahl folgt aus der Fragestellung. Um das Spannungsverhältnis zwischen poststrukturalistischen Thesen und der Demokratie

30 Vgl. Derrida/Kittler 2000: 55. Vor allem Foucault arbeitet heraus, dass Wissen und Macht eng verknüpft sind (vgl. dies auch für die kritische Diskursanalyse nach Foucault bei Jäger/Jäger 2007: 15). Normen sind dann besonders wirkmächtig, wenn sie auf Tatsachen aufbauen, die als völlig selbstverständlich und objektiv gelten. Die Autorität des vermeintlich Objektiven erhalten solche Normen sehr oft durch die Wissenschaft, die behauptet, ihre Erkenntnis sei durch neutrale Methoden generiert, ihre Begriffe seien wertfrei gewählt und der wissenschaftliche Prozess garantiere Objektivität. Übersehen wird dabei oftmals, dass durch die Vorannahmen der Methoden und die Wahl der Begriffe das Wissen bereits in eine bestimmte Richtung gelenkt wird, die nicht selten das vorherrschende Wissen bestätigt. Auch Derrida prangert an, dass der Methodenbegriff eng mit der Denkweise des Logozentrismus und der Metaphysik verbunden ist (vgl. zu beiden Begriffen Kapitel 2.1.1), welche er in seiner Philosophie zu dekonstruieren trachtet: „In seinen Dekonstruktionen geht es Derrida darum, die untergründigen Wirkungen der modernen Wissenschaften mit ihren vielfältigen Abhängigkeiten zur metaphysischen Tradition aufzuzeigen, denn gerade die Wissenschaft unterliegt in ganz besonderer Weise dem zu dekonstruierenden Logozentrismus, er ist geradezu ihr Leitbild.“ (Köpper 1999: 42) Nicht nur poststrukturalistische Theorien betonen das politische Element bei der Methodenwahl (vgl. Feustel 2013: 149f.). Auch Bernd Ladwig sieht die Methodenwahl in der politischen Theorie als interpretative Tätigkeit: „Aus diesem generellen Grund ist die Vorstellung verfehlt, unseren eigentlichen normativen Forschungen ließe sich ein normativ neutraler, freistehend gerechtfertigter Methodenteil voranstellen.“ (Ladwig 2012: 74)

untersuchen zu können, ist es vonnöten, sich zunächst ein Verständnis für die poststrukturalistischen Texte zu erarbeiten. Das Verstehen mündet zugleich immer in einen Interpretationsprozess. Basierend auf der Interpretation werde ich eine Rekonstruktion der Theorien leisten, um den Argumentationsverlauf von den poststrukturalistischen Thesen hin zu einer poststrukturalistischen Demokratiekonzeption hin nachzuvollziehen. Dieser Argumentationsverlauf wird dann von mir in einem letzten Schritt kritisch analysiert.

Das Verständnis für die Texte wird hermeneutisch erworben, mithilfe des hermeneutischen Zirkels und den von Friedrich Heckmann aufgeführten Interpretationsregeln (Heckmann 1992). Dabei werden die auf Vorwissen und dem ersten Lesen basierenden Thesen kritisch mit den Texten abgeglichen, bei Bedarf korrigiert und neue Thesen gebildet, die dann erneut mit weiterer Lektüre kontrolliert werden. In diesem sich wiederholenden hermeneutischen Prozess wird ein gut geprüftes Verständnis für die Theorien erarbeitet (vgl. dazu Føllesdal 2003).

Die Zielsetzungen und die methodologischen Grundannahmen lassen eine Vielzahl von Interpretationsarten zu, wie Axel Bühler herausgearbeitet hat (Bühler 2003a). Mit der passenden Wahl der Interpretationstätigkeit werde ich einen Ausgleich zwischen poststrukturalistischen Thesen und dem hermeneutischen Interpretieren schaffen und zwischen beiden Positionen eine Übersetzungsarbeit vornehmen. Dies ist möglich, da an verschiedener Stelle bereits aufgezeigt wurde, dass sich hermeneutische und poststrukturalistische Thesen nicht so stark ausschließen, wie vor allem Derrida in seiner Auseinandersetzung mit Hans-Georg Gadamer insistierte.³¹ Folgende Annahmen und Eckpunkte sind für meinen Interpretationsvorgang leitend: Im Zentrum der Interpretation steht, die Argumentationen der untersuchten Denker_innen zu ermitteln und deren politisches und demokratisches Modell zu rekonstruieren. Als Textgrundlage dienen hierzu die von den Autor_innen veröffentlichten Texte, in denen Gedanken zur politischen Theorie und Demokratie geäußert werden.³² Die Interpretation bleibt möglichst nah an den publizierten Texten und mündet nicht in ein freies Assoziieren. Wie die poststrukturalistische Kritik

31 Derrida und Gadamer führten in Paris 1981 eine Debatte über Hermeneutik (in Forget 1984), die nach Gadams Tod von Derrida fortgeführt wurde (in Gessmann 2004, vgl. für eine erhellende Zusammenfassung dieser Auseinandersetzung Davis 2010: 26-55). Diese Arbeit schließt sich den Lesarten Emil Angehrns (vgl. Angehrn 2002; Angehrn 2004) und Peter Dews (1987: 11f.) an, die auf die Gemeinsamkeiten zwischen Dekonstruktion und Hermeneutik hinweisen. Für Derrida trennt die Dekonstruktion vor allem von der Hermeneutik, dass sie den „Sinn als letzte Schicht des Textes immer [als] geteilt oder vielfältig“ (Derrida in Rötzer 1987: 71) ansieht.

32 Vgl. hierzu die Literaturliste in Kapitel 7. Laclaus, Mouffes und Butlers Texte werden umfassend eingearbeitet. Aufgrund Derridas enormen Publikationsumfang und seiner Themenbreite konzentriert sich diese Arbeit auf eine Auswahl seines Werkes.

zu Recht anmerkt, haben Texte ein Eigenleben und gehen immer über die Intentionen ihrer Autor_innen hinaus.³³ Es ist daher nicht entscheidend, die „eigentliche und wahre Absicht“ oder die sekundären, psychologischen Motive der Autor_innen zu ermitteln. Den methodischen Kern bildet stattdessen die textimmanente Interpretation, die den Sinn und die Wirkungen des Textes aus dem Text heraus zu erklären versucht. Dazu ist jener Mittelweg notwendig, der laut Holger Zapf häufig gewählt wird: „[Es] werden zwar die Intentionen der Autorin berücksichtigt, doch nicht mit dem Ziel einer orthodoxen Interpretation, vielmehr dienen diese Intentionen eher als interpretatorische ‚Leitplanken‘.“ (Zapf 2013: 59) Die Autor_innenintention wird besonders in drei Punkten relevant (vgl. Punkt (1) der Interpretationsarten bei Bühler 2003a: 105): Erstens, wenn eine stimmigere Argumentation erhalten werden soll. Zweites, wenn das Ziel besteht, bestimmte Entscheidungen der Denker_innen nachzuvollziehen. Drittens, wenn ihre Absicht herausgearbeitet wird, die Leser_innen bezüglich bestimmter Normen zu überzeugen und/oder vor Fehlentwicklungen zu warnen. Bei der Fahndung nach den zugrundeliegenden Werten und möglichen Ausschlüssen, der Vervollständigung von Argumentationen oder der Herausarbeitung impliziter Prämissen kann es auch vonnöten sein, Gedanken aus dem Text zu extrahieren, welche die Autor_innen nicht explizit niedergeschrieben haben (vgl. Punkt (4) bei Bühler 2003a: 106f.). Für diesen Zweck werden auch Äußerungen der Autor_innen aus Interviews herangezogen.

Dieses Vorgehen erfordert eine textimmanente Kritik, die untersucht, ob die Texte ihren eigenen Ansprüchen genügen und welche Schwächen oder Probleme sie in Bezug auf ihre eigenen Kriterien aufweisen. Hierzu muss das Prinzip der hermeneutischen Benevolenz zum Einsatz kommen, das heißt, es wird unterstellt, dass die Autor_innen versuchen, rational, stringent und logisch zu argumentieren. Da die behandelten Denker_innen gerade nicht davon ausgehen, dass eine durchgehende bruchlose, logische Argumentation geleistet werden kann, wird dieses Prinzip in jenen Fällen als ein Hilfsmittel verwendet, in denen zwischen konkurrierenden Deutungen gewählt werden muss. Dies ist möglich, weil die behandelten Denker_innen nicht völlig wahl- und regellos argumentieren (vgl. hierzu für Derrida ausführlicher Angehrn 2004: 255; Davis 2010: 32), sondern in Kenntnis der Unvermeidbarkeit von Lücken und Brüchen häufig relativ offen auf diese hinweisen. Das Eingeständnis der eigenen Fehlbarkeit untermauert, dass sie nicht den Anspruch haben, mit ihren Modellen eine überzeitliche Wahrheit zu verkünden.

33 Vor allem Derrida macht deutlich, dass die Bedeutung eines Textes nicht originär den Autor_innen als Subjekt entspringt, welche dann nur entschlüsselt werden muss. Die Bedeutungen entstehen durch vielfältige Verweisungen (vgl. hierzu Kapitel 2.1.2), so dass die Autor_innenintention nie ganz dem Geschriebenen entspricht. Texte sind immer polysemisch und untergraben damit ihren eigenen Sinn, weil sie zwangsläufig Widersprüche, Brüche und Paradoxien entwickeln.

Durch poststrukturalistische Ansätze wird deutlich gemacht, dass sowohl Texte als auch die Leser_innen innerhalb bestimmter Diskurse situiert sind. Das Schreiben des Textes als auch sein Interpretieren sind durch den Kontext und die Diskurse geprägt, innerhalb derer sich Autor_in und Lesende befinden. Dies wirft die Frage auf, ob die Intentionen der Autor_innen nur in deren Zeit und Kultur verstanden werden können und ob die aufgeworfenen Fragen und Lösungen für die heutige Zeit Relevanz besitzen (vgl. Weißpflug 2013: 240). Diese Frage stellt sich für diese Arbeit nur am Rande, da der Entstehungszeitraum der untersuchten Schriften zum einen nah genug an der Gegenwart liegt. Es zeigen sich zwar immer wieder zeitspezifische Einlassungen der Autor_innen: Zum Beispiel Laclaus und Mouffes Ausführungen zu den sozialen Bewegungen, die vor allem in den 1980er Jahren ein Phänomen darstellten, Mouffes Diagnosen zur Krise der Demokratie, die durch Ereignisse der 1990er Jahre geprägt sind (Zusammenbruch der Sowjetunion und die anschließenden Kriege, das Erstarken rechter Parteien) sowie Butlers Auseinandersetzung mit dem Feminismus der 1980er und 1990er Jahre und der neokonservativen Politik der USA nach dem 11. September 2001. Dennoch überschneiden sich, abgesehen von Derridas Texten aus den 1960er Jahren, die geschichtlichen Situationen der Texte mit meinen eigenen. Zum anderen ist auch eine Ähnlichkeit in den Kulturen gegeben, die den Kontext prägen. Zwar muss zwischen länderspezifischen Kulturen (Frankreich, USA, Argentinien, Großbritannien, Belgien und Deutschland) unterschieden werden, die so spezielle Erfahrungen hervorbringen wie jene der „hate speech“ in den USA, welche Butler thematisiert, oder jene der argentinischen Politik, die Laclau sehr geprägt hat. Auch die Einflüsse der jüdischen Kultur, die Butler und Derrida erfahren haben, sind zu berücksichtigen. Nichtsdestotrotz kann eine große kulturelle Nähe angenommen werden, da sich die Texte in der philosophischen und politischen Geistesgeschichte des Westens verorten lassen.

Die an die hermeneutische Interpretation anschließende Darstellung und Analyse erfordern eine Rekonstruktion im Sinne einer rationalen Rekonstruktion. Diese wird die grundlegenden Prinzipien Similarität, Präzision und Konsistenz der rationalen Rekonstruktion Wolfgang Stegmüllers (vgl. Burth 2010: 37; Dreier 1993: 45-56) beachten, aber nicht deren Formalisierung und strikter Axiomatisierung folgen. Die rationale Rekonstruktion arbeitet insbesondere ältere Theorien auf, indem sie deren Texte mit aktueller wissenschaftlicher Sprache umformuliert und die logische Struktur dieser Texte präzise herausarbeitet (Prinzip der Präzision). Dabei wird darauf geachtet, möglichst nahe an dem ursprünglichen Sinn der Autor_innen unter Berücksichtigung des damaligen historischen Kontextes zu bleiben (Prinzip der Similarität). Ergänzungen oder Änderungen dürfen dann vorgenommen werden, wenn sie dazu beitragen, Widersprüche zu tilgen oder die logische Konsistenz zu erhöhen (Prinzip der Konsistenz).

Anders als bei der hermeneutischen Methode ist für die rationale Rekonstruktion kaum eine Übersetzungsarbeit möglich, da die Unterschiede zu den poststruk-

turalistischen Thesen, insbesondere Derridas, zu groß sind. Die Poststrukturalist_innen stört die Konzentration des Prinzips der Similarität auf den „originären“ Sinn der Autor_innen. Das Prinzip der Präzision hat zum Ziel, wissenschaftliche Begriffe möglichst exakt zu definieren und einheitlich zu verwenden. Vor allem Begriffe aus der Alltagssprache sollen eindeutige Definitionen erhalten und gegebenenfalls durch unmissverständlichere Begriffe ersetzt werden. Die Aussagen der Theorien sollen durch das Vermeiden von Schwammigkeiten präziser und ihr Sinn nicht durch mehrdeutige Aussagen verwischt werden. Für Derrida erwecken eindeutige Definitionen jedoch den Anschein, dass Begriffe einen wahren Kern enthalten beziehungsweise dass sie nur die Repräsentation einer unveränderlichen Bedeutung seien. Wie Kapitel 1.4.1 zeigen wird, haben die Poststrukturalist_innen ein grundlegend anderes Verständnis für Sprache und Begriffe, welche sie über Abgrenzungen definieren und die sie als nie eindeutig definierbar und erfassbar ansehen. Für sie ist viel wichtiger, herauszufinden, wie sich bestimmte Bedeutungen im Laufe der Zeit entwickelt haben und sich eine spezifische Bedeutung als dominant erweisen konnte. Festgeschriebene Begriffe aufzubrechen und nach deren Mehrdeutigkeiten, Paradoxien, Ausgeschlossenem und Brüchen zu suchen, ist das proklamierte Ziel. Poststrukturalist_innen wollen Bedeutungen eher vervielfältigen und uneindeutiger belassen, anstatt präzise Definitionen vorzulegen.

Auf das Prinzip der Konsistenz trifft die schon aufgeführte poststrukturalistische Kritik zu, dass die Vorstellung des „im Idealfall widerspruchsfreie[n] und einheitliche[n] Theoriegebäude[s]“ (Weißpflug 2013: 241) aufrecht erhalten wird. Das Prinzip der Konsistenz wird von mir insofern verfolgt, dass ich versuche, aufbauend auf den Grundaxiomen der Autor_innen eine logische und nachvollziehbare Argumentationskette vorzulegen, die von einer Erkenntnistheorie über eine politische Theorie bis hin zu einer Demokratietheorie reicht. Hierbei stellen jedoch schon die Ausgangspunkte – die linguistischen Thesen Saussures zu Sprache und Erkenntnismöglichkeiten der Menschen – eine Setzung dar. Derridas Auseinandersetzung mit der Phänomenologie sowie Laclaus und Mouffes Dekonstruktion des Marxismus hätten ebenfalls aus Ausgangspunkte gewählt werden können. Das Prinzip der Konsistenz wird nicht vollständig umgesetzt, da darauf verzichtet werden soll, die Theorien in ein geschlossenes System zu pressen, das keinerlei Lücken oder Brüche aufweist.

Dieses Kapitel schließt mit den Worten Walter Reese-Schäfers, der die Anwendung der Hermeneutik mit demokratischem Handeln gleichsetzt:

„Die Kunst der gemeinsamen, nachvollziehenden und kritisch reflektierenden Lektüre, die man in der hermeneutischen Praxis erlernen kann, ist zugleich ein Kernelement der Lebenskunst von demokratischen Menschen, denn nicht das autoritäre, ingenieurmäßige Umsetzen von vorgefertigten Planungen, sondern das Aufeinanderhörenkönnen, das Diskutierenkönnen und das Überzeugenkönnen sind wesentliche hilfreiche Verhaltensweisen (Montesquieu hätte

von Tugenden gesprochen), die eine demokratische Gemeinschaft ausmachen.“ (Reese-Schäfer 2011: 211)

Es wird sich im Laufe dieser Arbeit zeigen, dass die behandelten poststrukturalistischen Denker_innen dies unterschreiben können, da auch sie das poststrukturalistische Hinterfragen und die Dekonstruktion als Tätigkeiten einschätzen, die der demokratischen Lebensweise zuträglich sind.

1.4 POSTSTRUKTURALISMUS: EINE ARBEITSDEFINITION

„Über den Poststrukturalismus schreiben heißt, ihn zu erfinden.“ (Münker/Roesler 2000: IX)

Der Terminus „Poststrukturalismus“ ist zwar mittlerweile ein gängiger Begriff in der Politikwissenschaft, aber nach wie vor ein umstrittener. Viele der als poststrukturalistisch eingeordneten Denker_innen lehnen diese Bezeichnung für sich selbst ab.³⁴ In Frankreich, das als Ursprungsland des Poststrukturalismus beziehungsweise der „French Theory“ gilt, ist diese Benennung gar nicht im Umlauf; es wird dort eher von „Strukturalismus“ gesprochen (vgl. Angermüller 2007: 10, 42f.). Auflistungen der Poststrukturalist_innen werden dahingehend kritisiert, dass die Unterschiede zwischen den Genannten so gravierend seien, dass sie nicht in eine einheitliche Strömung zusammengefasst werden sollten.³⁵ Auch die Überschneidungen mit anderen Termini tragen zur Uneindeutigkeit bei, denn die von manchen als poststrukturalistisch bezeichneten Denker_innen werden ebenso in andere Kategorien eingeordnet. Am bekanntesten von den umfassenden, breiten Überbegriffen ist der Postmodernismus,³⁶ von welchem der Poststrukturalismus oftmals als Unterkategorie begriffen wird. Viele, aber nicht alle postmodernen Denker_innen gelten auch als poststrukturalistische Denker_innen. Ebenfalls als Überkategorien sind die „French Philosophy“, „French Theory“, „Theory“³⁷ oder „Kontinentalphilosophie“

34 Vgl. Derrida 2004c: 42, 66; Foucault 2005; Poster 1989: 4; Stäheli 2000: 6. Auch Butler und Mouffe sahen diesen Begriff erst kritisch (Butler 1995a; Mouffe 1992c: 370), ordneten sich später aber genau wie Laclau als Poststrukturalist_innen ein (vgl. Butler 2000b: 11; Butler et al. 2000: 1; Butler in Bublitz 2010: 144).

35 Vgl. Butler 1995a: 33; Butler 1998a: 222; Gehring 1994: 9; Gumbrecht 1988: 95; Hill 2007: 117; Peters 1996: xiv; Reese-Schäfer 1995: 117f.; Rorty 1999: 38; Stäheli 2000: 6; Weedon 1990: 33.

36 Vgl. Beyme 1991: 147-200; Welsch 1993.

37 Vgl. Angermüller et al. 2000; Cusset 2008; Elliott/Attridge 2011; Hirsch/Voigt 2009; James 2012; van Reijen 1992/93.

(Vogt 2003a) zu werten. Diese schließen entweder französische (wie Jacques Derrida, Gilles Deleuze, Michel Foucault) beziehungsweise kontinentaleuropäische Denker_innen (wie Chantal Mouffe, Slavoj Žižek) ein oder zählen alle durch französische beziehungsweise kontinentaleuropäische Theorien inspirierten Autor_innen dazu (wie Judith Butler, William Connolly, Ernesto Laclau).

Bezüglich engerer Zuschreibungen fallen Poststrukturalist_innen häufig in die Kategorie der „Denker_innen des Politischen“, da sie Differenz und Grundlosigkeit in das Zentrum ihrer Theorien stellen und das Politische als Gründungsmodus betonen.³⁸ Oliver Marchart fasst in einem ähnlichen Sinne Denker_innen mit „postfundamentalistischem“ Gedankengut zusammen und konzentriert sich dabei auf jene Theorien, die Essentialismen ablehnen (vgl. Marchart 2010 und Kapitel 1.4.2). Weiterhin ist auch der Terminus des Post-Marxismus populär, da viele Poststrukturalist_innen durch marxistische Einflüsse geprägt sind.³⁹ Post-marxistische Theorien wurzeln im marxistischen Denken, lehnen aber einige als veraltet empfundene Thesen des Marxismus ab. Aus dem Blickwinkel der Demokratietheorien wird oft von „radikaler Demokratie“ gesprochen, sobald die Werke von poststrukturalistisch geprägten Denker_innen behandelt werden.⁴⁰ Diese eint ihre Sichtweise auf Demokratie und Politik: Demokratischen Gemeinschaften fehle im Kern eine externe Legitimationsbasis, so dass sie die konstitutive Grundlosigkeit und Unsicherheit durch politische Selbstgründungen überbrücken müssen. Diese radikale Kontingenz der Demokratie ist für radikale Demokrat_innen jedoch nichts Schlechtes, sondern sie begrüßen sie als notwendigen Motor für politische und demokratische Prozesse.

Für das vorliegende Forschungsvorhaben wird ein Arbeitsbegriff für den Poststrukturalismus benötigt: Um von „poststrukturalistischen Demokratietheorien“ sprechen zu können, wird zunächst geklärt, was unter Poststrukturalismus zu verstehen ist und welche Denker_innen nach diesen Kriterien als Poststrukturalist_innen zu bezeichnen sind. Dieser Arbeitsbegriff bildet die Grundlage für die angemessene Auswahl der Autor_innen: Der Fragestellung entsprechend wähle ich Denker_innen aus, die zum einen auf poststrukturalistischem Gedankengut aufbauen und die sich zum anderen mit Demokratiekonzeptionen beschäftigen. Meine Entscheidung fällt auf Jacques Derrida, Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Die ausführliche Begründung dafür findet sich in Kapitel 1.5.

38 Vgl. Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010; Flügel et al. 2004; Hebekus/Völker 2012.

39 Vgl. Breckman 2011; Goldstein 2005; Hintz 2011; McGee 1997; Miklitsch 1995; Tormey/Townshend 2006.

40 Vgl. Angus o.J.: 17; Dahlberg 2012; Flügel et al. 2004; Heil et al. 2011; Heil/Hetzel 2006; Little/Lloyd 2009; Norval 2001; Robbins 2011; Tønder/Thomassen 2005; Trend 1996a; Wingenbach 2011 und Kapitel 1.

Der Poststrukturalismus ist keine intellektuelle Strömung, die zu einer klar abgrenzbaren Zeit oder an einem festen Ort existiert. Er ist eine Erfindung jener Rezeption,⁴¹ die sich in Nordamerika in den 1970er Jahren mit französischen Denker_innen auseinandersetzte, diese trotz ihrer Unterschiede zu einer gemeinsamen Theorierichtung erklärte und „Kernthesen“ ausfindig machte. In dieser Rezeption wird die Geburt des Poststrukturalismus in den 1960er Jahren in Frankreich gesehen, in denen sich Denker_innen wie Louis Althusser, Roland Barthes, Jacques Derrida, Gilles Deleuze, Michel Foucault, Félix Guattari, Julia Kristeva und Jacques Lacan kritisch mit dem vorausgegangenen Strukturalismus⁴² befassten. Die strukturalistischen Thesen zu Sprache und Gesellschaft werden von diesen ersten Poststrukturalist_innen radikalisiert und neue Schlussfolgerungen gezogen. Basierend darauf stellen sie „Differenz“ in den Mittelpunkt von Erkenntnis, sozialer Wirklichkeit, Identität und Gesellschaft. Zu diesem Zeitpunkt ist die Abgrenzung vom Strukturalismus noch nicht eindeutig vollzogen, vor allem, da einige der genannten Poststrukturalist_innen zuerst strukturalistische Thesen vertreten und diese erst nach und nach hinterfragen.

„In den 70er Jahren greifen amerikanische KommentatorInnen diese antiessentialistische Tendenz des Strukturalismus auf und versuchen, die Identitätsmetaphysik der ‚westlichen‘ Tradition zu dekonstruieren. Erst in dieser transatlantischen Übersetzung schlagen spät-modernistische zu postmodernen Theorien um und führen zu dem franko-amerikanischen Theoriehybrid, das heute als ‚Poststrukturalismus‘ geläufig ist.“ (Angermüller 1999: 10, vgl. Cusset 2008; Poster 1989: 6f.; Vogt 2003b: 22)⁴³

Durch die rege Rezeption in den USA festigte sich ein bestimmtes Bild über die französischen Denker_innen, die vorher nicht als Gruppe wahrgenommen wurden. In den Diskussionen über diese Denker_innen wurden sie erstmals als Gruppe mit

41 Vgl. Angermüller 1999: 7; Cusset 2008; Lepper 2005; Moebius/Reckwitz 2008a: 13. Für eine ausführliche Diskussion, welche Phasen die Poststrukturalismuskussion durchlief, siehe Angermüller 2007: 37f.

42 Auch bei der Strömung des Strukturalismus sollte eher von Strukturalismen gesprochen werden (vgl. Bossinade 2000: 5; Brügger/Vigsø 2008: 7). In dieser Arbeit wird jedoch auf eine genauere Differenzierung verzichtet und der „französische Strukturalismus“ zum Strukturalismus verallgemeinert.

43 Angermüller (2001) unterscheidet darüber hinaus zwischen dem angelsächsisch-deutschen Poststrukturalismus und dem französischen „nach-strukturalistischen“ Post-Strukturalismus (man beachte den Bindestrich), der mit einer pragmatischen Wende der französischen Linguistik einherging. Diese weitere Differenzierung findet in diese Arbeit keinen Eingang, weil sich keiner der französischen „Post-Strukturalisten“ intensiver mit Demokratie beschäftigt.

bestimmten Gemeinsamkeiten beschrieben und damit einer Kategorisierung zugänglich gemacht. Der Terminus Poststrukturalismus wurde vor allem in dieser Auseinandersetzung erfunden.⁴⁴ Die US-amerikanische Rezeption und Diskussion des Poststrukturalismus bietet über reine Zusammenfassungen hinaus Anregungen, die poststrukturalistischen Thesen weiter zu denken. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Strömung des Poststrukturalismus bis heute fortgeführt wird und ihre Inhalte vertieft und erweitert werden.

Wenngleich die reservierte und ablehnende Kritik Westdeutschlands⁴⁵ den Poststrukturalismus schon 1984 beim „alten Eisen“ (Baier 1984) vermutete, erhielt dieser gerade in den Folgejahren einen weiteren „Anschub“. In den späten 1980ern wurden Philosoph_innen wie Judith Butler, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Jean-Luc Nancy und Slavoj Žižek durch die französischen Denker_innen (Louis Althusser, Jacques Derrida, Michel Foucault, Julia Kristeva, Jacques Lacan) angeregt. Sie setzten als eine Art „zweite Generation“ die französischen Thesen eigenständig fort und übertrugen sie auf neue Themengebiete. Damit erfuhr der Poststrukturalismus eine Weiterentwicklung, die über die Theorien der französischen Poststrukturalist_innen der „ersten Generation“ hinausging. Durch die amerikanische Poststrukturalismusdebatte und die inspirierenden Texte der „zweiten Generation“ kam auch in Europa ab den 1990ern wieder eine rege Beschäftigung mit den Ideen der französischen Denker_innen in Gang. Mittlerweile wird poststrukturalistisches Gedankengut auf die unterschiedlichsten Probleme und Wissenschaften angewandt: Auf Theorien zu Geschlechtern, politikwissenschaftliche und soziologische Fragen, die Literaturtheorie, die Architektur sowie als eigene Analysemethode (Diskurs- und Dispositivanalyse), um nur einige zu nennen.

Getreu nach Münkers und Roeslers Credo „Über den Poststrukturalismus schreiben heißt, ihn zu erfinden“ wird auch in dieser Arbeit ein Teil dazu beigetragen, den Poststrukturalismus mit zu erfinden. Die grundlegende These hierbei ist, dass es zwar Differenzen zwischen poststrukturalistischen Denker_innen gibt, aber dass nichtsdestotrotz die Theorien der behandelten Denker_innen Gemeinsamkeiten bergen, die es erlauben, sie unter ein übergreifendes Label zu fassen.⁴⁶ Im Folgen-

44 Für eine ausführliche Darstellung der US-amerikanischen Rezeption und zum Aufkommen des Begriffs „Poststrukturalismus“ in den 1970ern und 1980ern siehe Young 1996: 67-83.

45 Für eine ausführliche Darstellung der westdeutschen Rezeption siehe Lepper 2005 und Neumeister 2000.

46 Vgl. weitere Zusammenfassungen von Kernthesen in Åkerström Andersen 2003: XVI; Angermüller 2001: 14-17; Beger 1997: 3; Bublitz 2003a: 23; Frank 1984: 102; Goebel/Suárez Müller 2007: 13-23; Lang 1994: 648; May 1997: 2f.; Moebius 2009; Moebius/Reckwitz 2008a: 10, 13; Reckwitz 2008b: 303, 305; Sarup 1993: 2-4; Sayyid/Zac 1998: 250-254; Stäheli 2000; Weedon 1990: 34-60.

den sollen die Kernthesen der poststrukturalistischen Theorien erläutert werden, um sie zu einem Arbeitsbegriff zusammenzufügen: Die Sichtweise, dass jegliche Sinnssysteme als Differenzsysteme aufgebaut sind, die Ablehnung jeglicher Essentialismen, die Betonung der Konstruktion und Kontingenz aller Identitäten und Diskurse, die zeitweise und brüchige Fixierung von Sinn durch Machtprozesse sowie die Ablehnung des autonomen, selbsttransparenten Subjekts.

1.4.1 Bezugnahme auf den *linguistic turn*: Denken in Differenzen

Eine wichtige gemeinsame Basis der poststrukturalistischen Denker_innen ist ihr Rückgriff auf die Linguistik. Insbesondere der Sprachwissenschaftler Ferdinand de Saussure⁴⁷ und der auf Saussures Lehrsätzen aufbauende Strukturalismus haben die Thesen der Poststrukturalist_innen maßgeblich geprägt.⁴⁸ Saussures Ideen zu den

47 Saussure veröffentlichte sein „Hauptwerk“, die „Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft“, nicht selbst. Vielmehr besteht dieses Werk aus Mitschriften von Saussures Vorlesungen, die seine Kollegen Charles Bally und Albert Sechehaye posthum herausgaben. Ob dieses Werk daher in allen Punkten die Auffassung Saussures wieder gibt oder nicht doch eher von Bally und Sechehaye entscheidend verändert wurde, ist nicht zu klären. Im Folgenden wird dennoch stets von Saussure gesprochen, wenn es um die Thesen der „Grundfragen“ geht. Für diese Arbeit ist nicht der eindeutige Urheber der „Grundfragen“ entscheidend, sondern dass deren Thesen eine breite Rezeption fanden und weitreichende Einflüsse auf den Poststrukturalismus hatten.

48 Mark Currie (2004: 7) weist darauf hin, dass im Großteil der Sekundärliteratur stets Saussure als Ahnvater genannt wird, obwohl viele Poststrukturalist_innen in ihren ersten Werken keinen Bezug auf ihn nehmen, sondern sich mit anderen Strömungen auseinandersetzen, zum Beispiel der Phänomenologie. So ist „[n]eben der späteren Abgrenzung vom Strukturalismus [...] die kritische Abkehr von phänomenologischen Thesen und Methoden ein weiteres gemeinsames Merkmal aller poststrukturalistischer Autoren“ (Münker/Roesler 2000: XI). Laclau und Mouffe etwa bauen auf drei philosophischen Strömungen auf, die für sie alle eine ähnliche Schlagrichtung haben: Der analytischen Philosophie, der Phänomenologie sowie dem Poststrukturalismus (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 26). Für den hier vorliegenden Arbeitsbegriff „Poststrukturalismus“ und auch später bei Derrida, Laclau und Mouffe wird dennoch die Vereinfachung gewählt, die grundlegenden Thesen durch die Erkenntnisse Saussures herzuleiten, da die Auseinandersetzung mit Saussure exemplarisch sehr gut das neue Denken des *linguistic turn* aufzeigen kann und damit eine größere Vergleichbarkeit entsteht. Analog hätte eine solche Herleitung auch auf der Phänomenologie oder dem Marxismus aufbauen können.

Eigenschaften der Sprache bilden eine entscheidende Grundlage für die poststrukturalistische Sichtweise auf Erkenntnis, Identität, Macht, Politik und Subjekte. Sie stellen den Ausgangspunkt für die politischen (und in Folge auch die ethischen und demokratischen) Überlegungen von Derrida, Butler, Laclau und Mouffe dar.

Saussure brachte wichtige Neuerungen in die Linguistik ein. Zuvor wurde die Sprache mit ihren Lautbildern als bloße Repräsentantin der Realität gesehen. In dieser Sichtweise kommt den Phänomenen der realen Welt (den sogenannten „Referenten“) eine eigene, von der Sprache unabhängige Existenz zu. Dieses Repräsentationsmodell geht davon aus, dass zuerst ein Objekt vorliegt, zum Beispiel ein Exemplar der Hunderasse Pudel. Dieses wird von Menschen mit ihren Sinnen beobachtet und schließlich mit einem Wort benannt. Das, was wir unter „Pudel“ verstehen, ist laut diesem Modell entscheidend davon geprägt, wie es außerhalb der Sprache existiert – auch, wenn mitunter diese außersprachliche Wahrheit missinterpretiert oder falsch gedeutet wird. (So könnte fälschlicherweise ein Dackel ebenfalls als Pudel eingeordnet werden.) Doch ist es prinzipiell möglich, das „wahre Wesen“ der Dinge zu erfassen und durch kluge Beobachtung nach und nach des „Pudels Kern“ zu entdecken. Die Sprache übernimmt lediglich die Funktion, den Phänomenen Namen zuzuweisen und sie zu bezeichnen damit auch in Abwesenheit der Phänomene über diese nachgedacht und gesprochen werden kann. Sprache ist in dieser Sichtweise ein Hilfsmittel, das die Erkenntnismöglichkeiten der Menschen nicht beeinflusst.

Saussure hingegen entwirft ein Modell von Sprache, das sich vom Repräsentationsmodell deutlich distanziert. Er unterscheidet zunächst zwischen der von Individuen im Alltag gesprochenen Sprache (der „parole“) und der dem Sprechen zugrunde liegenden Struktur der Sprache (der „langue“). Sein sprachwissenschaftliches Interesse gilt hauptsächlich der „langue“ und deren speziellen Eigenschaften. Die Grundlage der *langue* bildet für Saussure das, was er „Zeichen“ nennt. Er meint damit nicht Buchstaben oder Symbole, sondern Zeichen bestehen für ihn aus zwei miteinander verbundenen Komponenten (vgl. Saussure 2001: 77). Zum einen bezieht sich jedes Zeichen auf eine *Vorstellung* von einem Phänomen, welches ein Gegenstand, eine Tätigkeit oder eine andere Artikulation eines Gedankens sein kann. Dieses gedankliche Bild nennt Saussure das „Bezeichnete“ oder das „Signifikat“. In dem obigen Beispiel ist dies die gedankliche Vorstellung eines Pudels. Zum anderen wird das Zeichen durch ein *Lautbild* ergänzt, welches das Signifikat durch einen Laut benennt. Diese zweite Komponente des sprachlichen Zeichens betitelt Saussure als „Signifikant“ beziehungsweise als „Bezeichnendes“. Der Signifikant des Begriffs Pudel ist im Deutschen das formulierte Wort „Pudel“. Für Saussure machen beide Komponenten das Zeichen gleichwertig aus und es kann keine Komponente fehlen, ohne dass das Zeichen seine Zeichenhaftigkeit verliert (vgl. ebd.: 134).

Es ist bereits eine Abweichung von der damaligen Sprachwissenschaft, dass Saussure zum Zeichen auch das Signifikat hinzuzählt und nicht nur das Lautbild allein als Zeichen ansieht. Weiterhin stellt er eine Eigenschaft der Sprache stärker ins Zentrum, als das bislang üblich war: Beide Komponenten des sprachlichen Zeichens sind für Saussure voneinander unabhängig; das heißt die Bezeichnung wird in keiner Weise durch das „besondere, außersprachliche“ Wesen des Bezeichneten beeinflusst. Welcher Laut für eine Vorstellung benutzt wird, hat nichts mit dem realen Phänomen dieser Vorstellung zu tun. Lautbilder sind ursprünglich zufällig entstanden und könnten prinzipiell auch ganz andere sein. Dies zeigt sich in den vielfältigen Worten für ein und denselben Gegenstand in unterschiedlichen Sprachen sehr deutlich. So werden in anderen Sprachen Pudel als poodle, caniche oder barboncino gerufen. Für Saussure gilt der Grundsatz, dass die Beziehung zwischen Signifikat und Signifikant arbiträr und nur innerhalb des Systems Sprache selbst festgelegt ist (vgl. ebd.: 79f.).

Diese Arbitrarität bedeutet jedoch nicht, dass das Signifikat oder der Signifikant eines Zeichens jederzeit beliebig verändert werden können (vgl. ebd.: 83). Dagegen steht ein weiterer Grundsatz Saussures, nämlich dass Sprache ein *System von Zeichen* ist (vgl. ebd.: 86). In diesem System sind die sprachlichen Zeichen fest eingebunden, weshalb sich Worte und Wortbedeutungen nur sehr langsam wandeln. Saussure prägte den Ausspruch „Sprache ist eine Form und nicht eine Substanz“ (ebd.: 146). Die Sprache ist für Saussure ein festes Netz aus Relationen, mittels derer sich die Zeichen gegenseitig definieren und dadurch ihre Bedeutung fixieren. Zeichen erhalten ihre Bedeutung, weil sie sich sprachintern voneinander unterscheiden (vgl. ebd.: 143). Das Wort „Pudel“ beispielsweise wird erkannt, weil es sich zum einen lautlich von „Paddel“ oder „Puder“ abgrenzt und zum anderen kann seine Bedeutung nur erfasst werden, wenn man den Pudel inhaltlich von Dackeln, Schäferhunden, Buchfinken oder Tischen trennt. Bei Saussure haben Zeichen keinen außersprachlichen Wesenskern, sondern ihre Bedeutung kann nur in *Differenz* zu anderen Zeichen ermittelt werden. Die Bedeutung eines Zeichens findet sich demnach in dem Netz an Relationen und Verweisen (der Form) zwischen den Zeichen und nicht in seinem Signifikat (der Substanz).

Vor allem in diesem Punkt weicht Saussure von dem Repräsentationsmodell ab. Bei ihm ist Sprache nicht das Abbild der Realität, welche von der Sprache unbeeinflusst ist, sondern umgekehrt wird die Wirklichkeit durch die Sprache vermittelt. Die Wahrnehmung der Realität ist demnach von der Sprache abhängig.

„Psychologisch betrachtet ist unser Denken, wenn wir von seinem Ausdruck durch die Worte absehen, nur eine gestaltlose Masse. Philosophen und Sprachforscher waren immer darüber einig, daß ohne Hilfe der Zeichen wir außerstande wären, zwei Vorstellungen dauernd und klar auseinander zu halten. Das Denken, für sich allein genommen, ist wie eine Nebelwolke,

in der nichts notwendigerweise begrenzt ist. Es gibt keine von vornherein feststehenden Vorstellungen, und nichts ist bestimmt, ehe die Sprache in Erscheinung tritt.“ (ebd.: 133)

Keine Bedeutung, die das menschliche Denken und die Sicht auf die Welt ausmacht, bezieht sich auf naturwüchsige Begebenheiten, sondern Menschen können Sinn nur herstellen, indem sie zwischen den Phänomenen der realen Welt Unterschiede etablieren und diese benennen. So ist es in unserer Gesellschaft normal und verbreitet, verschiedene Namen von Hunderassen zu kennen und die jeweilige Rasse auch als bedeutsam anzusehen, beispielsweise weil ihnen verschiedene Eigenschaften zugeordnet werden oder weil für manche die Rasse des Hundes sogar Aussagen über die Besitzer_innen zulässt. Bedeutung wird durch die Einteilung in verschiedene Rassen gestiftet. Anders ist dies bei weniger beachteten Tieren: Welche Hühnerrasse das morgendliche Frühstücksei legt, interessiert in den meisten Fällen nur die Hühnerbauern und -bäuerinnen. Bei der Betrachtung und Benennung von freilebenden Hühnern spielt üblicherweise die spezielle Rasse kaum eine Rolle, so dass die Betrachter_innen oftmals blind für weitere Bedeutungsebenen sind: In ihrem Blickwinkel sind dies alles einfach nur Hühner.

Diese neuartige Sichtweise auf Sprache inspirierte in der Folge nicht nur Linguist_innen, sondern brachte in den 1960er Jahren die Strömung des „Strukturalismus“ hervor. Denker wie Roland Barthes, Michel Foucault, Jacques Lacan und Claude Lévi-Strauss übertrugen die Thesen Saussures von der Sprache auf andere Gebiete. In diesem sogenannten „linguistic turn“ gelten die Strukturen der Sprache und ihre Auswirkungen auf menschliches Denken als prägend für alle gesellschaftlichen und kulturellen Belange, denn Sprache wird als der Ort gesehen, in dem „soziale Wirklichkeit organisiert wird“ (Weedon 1990: 35). In der strukturalistischen Sichtweise wird nicht nur die Sprache als System von Differenzen wahrgenommen, sondern etwa auch Mythen und Verwandtschaftsbeziehungen (Lévi-Strauss), das Unbewusste (Lacan), Werbung und Mode (Barthes) sowie Begriffskategorien beziehungsweise „Episteme“ wie Wahnsinn/Vernunft (Foucault). „Der sozial- und kulturwissenschaftliche Strukturalismus betrachtet demnach alle kulturellen und sozialen Phänomene in der Weise wie Saussure die Verbindung von Signifikat und Signifikant: Als einen Tatbestand, dessen Sinn sich erst aus seiner differentiellen Beziehung zu anderen Phänomenen in einem kulturellen System ergibt.“ (Moe-bius/Reckwitz 2008a: 12, vgl. Angermüller 1999: 9)

Der Strukturalismus glaubte in diesem Ansatz eine Art „Weltformel“ für das Soziale gefunden zu haben: Statt die Wahrheit in der „Substanz“ der Dinge zu suchen, geht der Strukturalismus dazu über, sie aus der „Form“ herauszufiltern. Es müssen nur die dem System enthaltenen Strukturen gefunden werden, um das System entschlüsseln zu können. Durch die passende Analyse der Strukturen können jene Gesetze gefunden werden, welche die menschlichen Gesellschaften bestimmen. Als Erkenntnistheorie liegt dem Strukturalismus der Glaube nach überzeitli-

chen Regeln zugrunde, die ein geschlossenes, ahistorisches System ordnen. Diese Sichtweise erwies sich jedoch bald als problematisch. Sie inspirierte weiterführende poststrukturalistische Schlussfolgerungen aus den Thesen Saussures, die zum einen aus den Reihen der Strukturalist_innen selbst (Althusser, Barthes, Foucault, Kristeva und Lacan), zum anderen aber auch von außen kamen (Derrida, Deleuze und Guattari).

1.4.2 Kritik an Essentialismen

Wie die Strukturalist_innen ziehen auch die Poststrukturalist_innen eine Analogie von der Sprache zur Gesellschaft und übertragen Saussures Differenzdenken auf alle Sinnsysteme der Gesellschaft. Allerdings ziehen Poststrukturalist_innen in einigen Bereichen ganz andere Schlüsse. Insbesondere kritisieren sie den Gedanken, dass die Wahrheit der Dinge in den Strukturen zu finden ist, und unterziehen den Begriff der Wahrheit einer gründlichen Kritik. Wenn Sprache als Differenzsystem aufgebaut ist und Sinn nur durch Abgrenzung statt durch außersprachliche Bezüge entsteht, so ist die erste Schlussfolgerung der Poststrukturalist_innen, dass es keine „essentialistischen“ Konzepte gibt, an denen sich Sinn festmachen ließe. Unter Essentialismen wird jegliches Gedankengut verstanden, das von überzeitlichen und naturgegebenen Wahrheiten ausgeht, welche bei der Beobachtung der wirklichen Welt nur entdeckt werden müssen. Zeichen vermögen in der essentialistischen Sichtweise den reinen und authentischen Wesenskern der Dinge zu repräsentieren. Für Poststrukturalist_innen jedoch ergibt sich jede Bedeutung immer nur in Kenntnis dessen, was sie *nicht* ist, wovon sie sich unterscheidet und auf welche Ähnlichkeiten oder Differenzen sie verweist.

Wird Saussures Ablehnung von privilegierten, intrinsischen Begriffen auf alle gesellschaftlichen Sinnsysteme übertragen, so hat dies entscheidende Konsequenzen für die menschliche Erkenntnisfähigkeit: Es ist nicht möglich, in der vorsprachlichen Wirklichkeit eine „Essenz“ zu finden. Das System Sprache kann dies nicht leisten, da es als Differenzsystem strukturiert ist. Die reale Welt wird auch in den Gedanken stets durch die Sprache zum Ausdruck gebracht,⁴⁹ somit können die Menschen abseits der Bedeutungen, die die Sprache bereit hält, keine vorsprachliche „Wahrheit“ begreifen. Menschen erschließen sich die Welt nur innerhalb der

49 Damit ist nicht gemeint, dass alle Gedanken sofort in Worten formuliert werden. Aber sie werden früher oder später in Worte übersetzt, wenn sie anderen mitgeteilt werden müssen oder wenn man sie selbst verarbeiten und ordnen möchte. Auch die Einordnung von Wahrnehmungen, die nicht in Worte zu fassen sind, geschieht mithilfe der Sprache und ihren vorgegebenen Kategorien und Bedeutungsebenen. Ein Ausbrechen aus diesen Vorgaben ist für Poststrukturalist_innen nicht möglich.

Bedeutungsebenen, die in der Sprache bereits angelegt sind. Wie die Realität und Materialität wahrgenommen werden, wird erst durch die Sprache erzeugt und nicht unabhängig davon entdeckt. Jegliche Phänomene werden nur durch einen Kontext zugänglich, in den sie eingeordnet werden müssen.⁵⁰

Eines der eindrucklichsten Beispiele für die Sichtweise von Poststrukturalist_innen auf scheinbar „natürliche Wahrheiten“ ist die Aufteilung der menschlichen Körper in das männliche und weibliche Geschlecht. Eindrücklich deshalb, weil die Geschlechterdichotomie als Beschreibung einer schlichten Wahrheit erscheint: Es gibt Männer und es gibt Frauen, und beide Geschlechter werden nach „unbestechlichen“ wissenschaftlichen Kriterien von einander abgegrenzt (zum Beispiel durch die Geschlechtsorgane, den Hormonhaushalt oder die DNA). Zwar würden die meisten Poststrukturalist_innen bejahen, dass durchaus körperliche Merkmale für die jeweiligen Geschlechter existieren. Doch ist für sie nicht selbsterklärend, dass diese Merkmale zwangsläufig die jetzigen Vorstellungen von Geschlecht sowie die Einteilung in genau zwei Geschlechter nach sich ziehen.⁵¹ Es wären auch viele andere Möglichkeiten denkbar: Zum Beispiel, dass eine Kultur diese spezifischen Unterschiede als nicht so relevant einstuft, so dass sie gar kein Geschlecht kennt (wie dies ja auch bei anderen körperlichen Merkmalen wie Augenfarbe, Gewicht oder Größe der Fall ist, die auch keine nennenswerte Einteilung der Menschen nach sich ziehen); dass sie keine so deutliche Abgrenzung verlangt, sondern vielmehr einen Übergangsbereich zwischen beiden Geschlechtern zugesteht;⁵² dass

50 Beim Beispiel des Pudels ist ein Kontext, dass Hunde in verschiedene Rassen eingeteilt werden, die spezifischere Bezeichnungen ermöglichen und den Begriff „Pudel“ erst sinnvoll machen. Die Differenzierung des Überbegriffs der Hunde eröffnet damit weitere Bedeutungsebenen für die Wahrnehmung des Phänomens „Hund“. Ein anderer Kontext umfasst die vielfältigen Assoziationen, die mit Hunden allgemein und Pudeln im Besonderen verbunden werden. Nur im Kontext dieser Assoziationen ist eine politische Aussage verständlich, die den früheren britischen Premierminister Tony Blair als „Bushs Pudel“ schmäht (vgl. hierzu exemplarisch Sontheimer 2002). Ausgangspunkt für diese Beleidigung sind Blairs Unterstützung der USA im Afghanistankrieg und im zweiten Golfkrieg sowie seine Beziehung zu dem früheren amerikanischen Präsidenten George W. Bush. Nur in einem Diskurs, in dem Hunde als treue, anhängliche, unterwürfige Befehlsempfänger und Pudel als niedliche, kleine, herausgeputzte Schoßtiere gelten, kann diese Beleidigung ein so wirkmächtiges Bild erzielen, dass sie sich in den meisten Beschreibungen der Amtszeit Blairs wiederfindet (vgl. die Meldungen „Rücktritt von Tony Blair: Bye Bye Pudel“ (AFP/AP/dpa/han 2007) und „Wertschätzung durch Bush – ‚Blair ist größer als ein Pudel‘“ (Süddeutsche Zeitung 2010)).

51 Insbesondere Judith Butler setzt sich mit diesen Fragen auseinander, vgl. Kapitel 2.2.

52 Hippokratisch-galenische Theorien gehen von einem „kontinuierlichen Übergang zwischen männlichem und weiblichen Geschlecht aus“ (Klöppel 2010: 143).

sie geschlechtlich nicht eindeutig bestimmbar Menschen ein drittes Geschlecht anerkennt⁵³ oder dass sie, wie die Kultur der Amarete in den Anden,⁵⁴ weitere Merkmale für die Geschlechtseinteilung heranzieht. Für Poststrukturalist_innen erweist sich die heutige Geschlechterdichotomie als gesellschaftliche Konstruktion, nicht als essentialistischer Fakt.

Poststrukturalist_innen problematisieren daher den Begriff der Wahrheit und ordnen Wahrheitsansprüche als eine politische Strategie ein, welche eine bestimmte Bedeutung legitimieren und langlebiger machen will. „Wahrheiten“ sind die kontingenten und sozial konstruierten Produkte einer langsamen historischen Entwicklung. Dies bedeutet für die Wissenschaft, dass sie keine universellen, wahren Grundsätze finden, sondern nur für einen begrenzten Zeitraum „Wahrheitsregime“⁵⁵ konstruieren kann.⁵⁶ Poststrukturalistische Theorien haben gemeinsam, dass sie jegliche „große Erzählungen“,⁵⁷ universelle Theorien und „naturegegebene“ Wahrheiten nicht akzeptieren. Für die Poststrukturalist_innen muss sowohl die Wissenschaft als auch die Gesellschaft aushalten, dass das Soziale nicht auf Essentialismen zurückgeführt werden kann und grundlos ist.

53 In Indien gelten beispielsweise die Hijras als drittes Geschlecht, vgl. Nanda 1990.

54 Die Amarete kennen zehn soziale Geschlechter, die vom körperlichen Geschlecht sowie vom Geschlecht des Ackers und/oder des Amtes abhängen, vgl. Rösing 2001.

55 Der Begriff des Wahrheitsregimes wurde durch Foucault geprägt und wird auch von Butler verwendet (vgl. Butler 2003: 31). Foucault versteht darunter, dass gesellschaftliche Normen wie ein Regime wirken können, sobald sie und ihre Begründungen als Wahrheit gelten. Bestimmte Handlungen und Denkweisen setzen sich deswegen wie in einem Zwangsregime durch, weil ihre „Wahrheit“ als so unanfechtbar gilt, so dass Alternativen kaum in Betracht gezogen, geschweige denn ernsthaft gedacht werden.

56 Die Poststrukturalist_innen grenzen sich damit von einem Wissenschaftsmodell ab, das glaubt in der Natur überzeitliche Wahrheiten finden zu können. Wie Terry Eagleton (1997a: 130) und Seyla Benhabib (1995a: 248f.) richtig anmerken, ist dieses Bild von Wissenschaft seinerseits eine Konstruktion durch die Poststrukturalist_innen: Die meisten heutigen Wissenschaftstheoretiker_innen haben sich von der Suche nach absoluten Wahrheiten verabschiedet und begreifen Wissenschaft eher als Problemlösung und als Versuch vorläufige Modelle und Annäherungen an die Wahrheit zu finden.

57 Jean-François Lyotard versteht unter großen Erzählungen Theorien oder Ideologien, die den Anspruch vertreten, die Welt umfassend zu erklären (vgl. Lyotard 1999: 13). Er stuft sie als „groß“ ein, da solche Theorien wie der Marxismus, der Kapitalismus, die monotheistischen Religionen oder auch das moderne Rationalitätsdenken eine große Reichweite und gesellschaftliche Wirkung erreichen. Gleichzeitig enttarnt er sie als „Erzählungen“, da seine postmoderne Theorie den Wahrheitsanspruch und die Legitimationen dieser Theorien ablehnt.

Bei dieser Essentialismuskritik steht vor allem der Identitätsbegriff im Zentrum des poststrukturalistischen Interesses. Genauso wie Zeichen in der Linguistik erlangen (Gruppen-)Identitäten ihre Bedeutung in der Gesellschaft durch die Abgrenzung zu anderen Identitäten. Die Substanz jeglicher Identitäten wird in der poststrukturalistischen Analyse zum Bröckeln gebracht. Gruppenidentitäten sowie universale Ansprüche werden von ihnen hinterfragt und als kontingente, historische Konstruktionen gebrandmarkt. Keine Gruppe kann sich darauf berufen, dass sie Eigenschaften hat, die ihr von Natur aus gegeben sind (zum Beispiel ein fürsorglicher Charakter, der Frauen zukommt, oder eine größere Intelligenz der „weißen Rasse“), sondern diese Zuschreibungen sind eine sozial kontingente Entwicklung. Besonders attraktiv haben sich die poststrukturalistischen Thesen für Forschungsfelder erwiesen, die marginalisierte oder als minderwertig eingestufte Gruppen und Identitäten zu ihrem Thema machen.

„Diese Politisierung des Poststrukturalismus steht in den 80er Jahren ganz im Zeichen von postkolonialistischen, feministischen und *queer* TheoretikerInnen, für die Dekonstruktion binärer Oppositionen als eine Art fundamentaler Ideologiekritik relevant wird. Dekonstruktion stellt die Mittel, mit denen die patriarchalische und ethnozentrische Tendenz westlicher Denktraditionen aufgedeckt und ‚brüchig‘ gemacht werden soll.“ (Angermüller 1999: 14, vgl. Cusset 2008: 131ff.)

Problematisch an der Ablehnung jeglicher Essentialismen ist für die poststrukturalistischen Theorien, dass sie sich selbst in ihrer politischen Aussagekraft beschneiden. Solange in unserer Gesellschaft nach wie vor *sichere* Wahrheiten verlangt werden um die eigenen politischen Ansprüche zu untermauern, stehen Poststrukturalist_innen als Relativist_innen wenn nicht gar Nihilist_innen da. „Bescheidet sich das philosophische Denken auf den [...] Versuch kritischer Analyse, droht ihm die politische Wirkungslosigkeit. Versucht sie hingegen, in die politische Öffentlichkeit einzugreifen, dann geht sie das Risiko ein, Wahrheit zu operationalisieren, das heißt Wahrheit im Sinne Foucaults als Machtstruktur zu (re)operationalisieren.“ (Wennerscheid 2005: 191) Es ist diese Problematik, die die poststrukturalistischen Theorien so apolitisch wirken lässt. Welche Auswege Derrida, Laclau, Mouffe und Butler finden, wird in den Kapiteln 2.1.9, 2.2.8 und 2.3.7 diskutiert.

1.4.3 Das Scheitern von Sinnprozessen

Das Fehlen einer außerdiskursiven Essenz führt notwendigerweise zu einer Umdeutung von Saussures Zeichenbegriff. Zeichen implizieren stets den Akt der Repräsentation, als ginge dem Zeichen etwas Außersprachliches voraus, welches das Zeichen bloß symbolisiert. Die Trennung in Signifikat und Signifikant trägt das

Repräsentationsmodell nach wie vor in sich: Das Signifikat kann als gedankliche Vorstellung existieren, ohne dass es explizit durch einen Signifikanten benannt wird. In einem Differenzsystem hingegen muss die klare Grenzlinie zwischen Signifikat und Signifikant bröckeln. Kein Signifikant verweist auf sein Signifikat, sondern vielmehr auf andere Signifikanten, zu denen das Zeichen differiert. „Das Signifikat eines Signifikanten kann letztlich nichts anderes als ein anderer Signifikant sein, was zu einer unendlichen Verweisung des einen Signifikanten auf den nächsten führt.“ (Stäheli 1995: 365f.)⁵⁸ Die Bedeutung eines Zeichens ist also nicht in diesem selbst zu finden, sondern sie bewegt sich entlang einer ganzen Kette von Verweisungszusammenhängen zu anderen Zeichen.

Bei Saussure kommt das Spiel der Verweisungen zu einem Stillstand, da alle Zeichen in einen festen Rahmen eingebunden sind. Gemäß seiner Sichtweise ist Bedeutungswandel nur sehr langsam möglich und dieser kann auch nicht vorsätzlich und zielgerichtet durch die Gesellschaft oder Individuen hervorgebracht werden.⁵⁹ Der Strukturalismus interpretiert dies so, dass Sprache über eine geschlossene Struktur und Stabilität verfügt. Obwohl im strukturalistischen Denken die einzelnen Zeichen kontingent sind, sind sie durch ihre Eingebundenheit in das System festgelegt und fixiert.

„Der Strukturalismus setzt die *Totalität* und *Geschlossenheit* der Sprache voraus und ficht sie zugleich an. Obwohl Saussure das Verhältnis zwischen Signifikant und Signifikat als arbiträr begreift, platziert er dieses arbiträre Verhältnis in ein notwendigerweise vollständiges, geschlossenes System. Alle sprachlichen Termini setzen eine linguistische Totalität der Strukturen voraus, deren Ganzheit unterstellt und implizit erfordert ist, damit jeder Term eine Bedeutung tragen kann. [Herv.i.O.]“ (Butler 1991: 70)

Mit diesen Annahmen des Strukturalismus brechen die Poststrukturalist_innen (vgl. Eagleton 1997b: 89). Für sie trifft genau das Gegenteil zu: Ein Zeichen kann nie eine permanent festgelegte Bedeutung haben, weil der Bezugspunkt fehlt, wenn das Zeichen nicht auf eine außersprachliche Essenz oder auf stabile Strukturen zurückgreifen kann. Ohne eine sichere Verbindung mit einer bestimmten Bedeutung sind das Zeichen und seine Beziehungen zu anderen Zeichen stets angreifbar. Der Sinn von Zeichen ist deswegen nie eindeutig und die Möglichkeit zu Sinnbrüchen und Bedeutungswandel bereits in der Sprache angelegt.

Allerdings gibt es vorläufigen Sinn: In dem Geflecht der Zeichen sind relativ langlebige Verweisungszusammenhänge ausgeprägt. Dadurch wird Bedeutung überhaupt möglich, denn um Bedeutung durch Abgrenzung und Verweisung herstellen zu können, müssen einige der Verweisungen zeitweise stabil sein. Daneben

58 Vgl. Howarth 2000: 28f.; Sarasin 2001: 64f.; Steveker 2005: 105.

59 Vgl. Bossinade 2000: 27; Eagleton 1997b: 91; Saussure 2001: 83-93.

existieren marginalisierte alternative Verweisungen, die vielleicht in der Vergangenheit dominant waren oder in der Zukunft die heutigen Verweisungszusammenhänge ablösen. Beispielsweise versucht sich Jacques Rancière an einer Wiederbelebung der alten, vergessenen Bedeutung von „Polizei“, welche in der heutigen Politikwissenschaft keine Rolle mehr spielt. In dieser findet er Anregungen für ein Verständnis von Politik, das ihm für die Zukunft vielversprechend erscheint und das seiner Meinung nach den heutigen dominanten Politikbegriff ablösen solle.⁶⁰ Solche Verweise deuten auf frühere Sinnbrüche und Instabilitäten im Differenzsystem hin. Für Poststrukturalist_innen ist Sinn also nicht fest gegeben und vorgeschrieben, sondern immer nur zeitweise fixiert. Die Konstruktion von neuer Bedeutung und die Schaffung neuer Erkenntnis sind möglich.

Das Ziel vieler Poststrukturalist_innen ist es, Wahrheitsregime zu kritisieren. Deren scheinbar geschlossene Theoriegebäude dienen zu einer Naturalisierung der eigenen Thesen und der Immunisierung gegen Kritik. Poststrukturalistische Analysen versuchen insbesondere die Lücken, Transformationen und das Verdrängte in gängigen Theorien zu finden, um deutlich zu machen, dass jegliche Theorien von Rissen durchzogen sind und sich nie selbst universalisieren können. Das Scheitern von Sinnprozessen ist demnach ein Merkmal der poststrukturalistischen Theorien.⁶¹ Sie greifen damit vor allem das westliche Rationalitätsdenken an, das glaubt durch wissenschaftliche Vernunft zur Wahrheit zu gelangen. Für Poststrukturalist_innen ist Rationalität nur eine sehr wirkungsmächtige Legitimation in der heutigen Zeit, um das eigene Denken als zutreffender zu erklären.

1.4.4 Zur Wirkmacht von Diskursen

Im Zuge der Essentialismuskritik rückt der Begriff des „Diskurses“ in das Zentrum vieler poststrukturalistischer Theorien,⁶² da er dem Anspruch gerecht wird, ohne

60 Vgl. Celikates 2004. Die alte, bis ins 19. Jahrhundert gebräuchliche Bedeutung von Polizei umfasst die „Ordnung der Gesellschaft sowie diejenigen Maßnahmen und Gesetze, die von staatlicher Seite zu ihrer Herstellung und/oder Stabilisierung für nötig erachtet wurden“ (Celikates 2004). Für Rancière gleicht der heutige Politikbegriff dem alten Polizeibegriff: Er kritisiert, dass die Politik der heutigen Demokratien nurmehr Verwaltungsakte darstelle, welche sich in den Vorgaben der von der Politik enthobenen Konsense bewegen. Rancière strebt an, einen Politikbegriff wiederherzustellen, der den Dissens ins Zentrum stellt: Den Kampf und den Streit um die Grundlagen von Gemeinschaften und Gesellschaft, vor allem um die Verteilung von Macht und Gütern.

61 Vgl. Bossinade 2000: IV; Moebius/Reckwitz 2008a: 14; Paulus 2001: 3f.; Reckwitz 2008b: 303; Stäheli 2000: 5.

62 Zur Begriffsgeschichte des Diskurses siehe Keller 2004: 14f.

Essentialismen auszukommen. Er zeigt auf, wie sich das Wissen der Gesellschaft durch historische und kontingente Begebenheiten entwickelt hat und dass Sinn durch Sprache hergestellt wird. Da die Menschen die Welt nur durch die Kontexte bereits bestehender Begrifflichkeiten erfassen, sind sie durch überlieferte gesellschaftliche Kategorien und Denkmuster geprägt. „Diskurs“ ist der Name für diese Denkmuster: Diskurse stellen die Bedeutungssysteme, Ordnungsraster und Erklärungsversuche dar, mit denen die Phänomene der Welt mit Sinn versehen werden.

Dabei beschreiben Diskurse die Wirklichkeit nicht nur, sondern sie sind „Praktiken [...], die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen.“ (Foucault 1997: 74) Diskurse stellen kein Abbild der naturgegebenen Wirklichkeit dar, sondern ihr spezifischer Blickwinkel erschafft die Welt erst so, wie die Menschen sie wahrnehmen. So werden zum einen materielle Phänomene mit Bedeutung gefüllt, wie sich anhand von männlichen und weiblichen Körpern zeigt (vgl. Kapitel 1.4.2). Die Verfestigung eines bestimmten diskursiven Blickwinkels kann so weit gehen, dass sich Diskurse materiell ausprägen und in die Umwelt oder die Körper einschreiben. Dieses Phänomen beruht darauf, dass innerhalb der Diskurse ein Bild von Normalität entsteht, das festlegt, was als natürlich und selbstverständlich gilt. Diese Normalität wird von den einzelnen Menschen angestrebt, was heißt, dass selbst Körper geformt werden, bis der als normal erachtete Zustand erreicht ist: Flüsse werden künstlich renaturalisiert um der menschlichen Vorstellung von Natürlichkeit zu entsprechen, Zähne werden mit Spangen zum idealen Gebiss verschoben, die Vorstellung des eigenen geringeren Status wirkt sich in Körperhaltungen aus und beim Sport trainieren Männer und Frauen ihre Muskeln geschlechtskonform möglichst sichtbar beziehungsweise eher unauffällig.

Diskurse umfassen für die meisten Poststrukturalist_innen nicht nur sprachliche Aussagen. Auch nicht-sprachliche Kommunikation wie Architektur, Mode, Technik und Körpersprache trägt dazu bei, Sinn herzustellen und weiter zu vermitteln. Diskurse gehen weit über individuelles Sprechen hinaus. Es existieren viele verschiedene Diskurse, die unterschiedliche Zugänge zum Verstehen der Realität bieten. Jeder Mensch bewegt sich in einer Schnittmenge mehrerer Diskurse, die ihm differierende Blickwinkel auf die Realität ermöglichen. Oftmals sind allerdings bestimmte Diskurse dominant. Der Dichter Novalis beispielsweise war gleichzeitig vom Diskurs der Aufklärung sowie dem der Romantik geprägt. In einem seiner berühmtesten Gedichte⁶³ beklagt er die Übermacht des aufklärerischen Diskurses, nämlich die

63 „Wenn nicht mehr Zahlen und Figuren/ Sind Schlüssel aller Kreaturen,/ Wenn die, so singen oder küssen,/ Mehr als die Tiefgelehrten wissen,/ Wenn sich die Welt ins freie Leben,/ Und in die Welt wird zurück begeben,/ Wenn dann sich wieder Licht und Schatten/ Zu echter Klarheit werden gatten,/ Und man in Märchen und Gedichten/ Erkennt die ew'gen Weltgeschichten,/ Dann fliegt vor *einem* geheimen Wort/ Das ganze verkehrte Wesen fort. [Herv.i.O.]“ (Novalis 1987: 85)

Fixiertheit der Menschen auf das rationale, analytische und wissenschaftliche Denken, das versucht, den „Schlüssel“ zur Welt in „Zahlen und Figuren“ zu finden. Darüber gehe ein wichtiger Zugang zur Welt verloren, den das romantische Denken vertrete: Emotionen, Erleben sowie Poesie erlauben für Novalis weitere wichtige Ebenen der Erkenntnis. Mit seinem Anspruch, über diesen Zugang „ew'ge Weltgeschichten“ und ein wahres Wesen der Dinge verstehen zu können, denkt Novalis freilich ebenfalls essentialistisch und beabsichtigt in der Sichtweise der Poststrukturalist_innen einen dominanten Diskurs durch einen anderen zu ersetzen.

Diskurse bedürfen einer ständigen Aufrechterhaltung und Wiederholung, um wirksam zu bleiben. Menschen sind daher nicht nur die passiven Empfänger_innen von Diskursen, sondern jede ihrer Praktiken trägt Diskurse weiter und verändert sie zugleich. Es findet eine stete Wechselwirkung statt: Menschen werden von den Diskursen geprägt und ihr Handeln und Denken von ihnen beeinflusst. Umgekehrt konstituieren sich Diskurse durch das Verhalten der Menschen. Somit ist das konkrete Handeln der Menschen entscheidend, ob sich Diskurse langfristig halten können oder von neuen Diskursen abgelöst werden.

Auch Diskurse müssen von etwas abgegrenzt werden, um sie definieren oder ihre Identität ausprägen zu können. Sie sind keine geschlossenen Systeme, sondern in ein übergeordnetes System von Verweisungszusammenhängen eingebunden. In den poststrukturalistischen Termini wird dies oft als das „Äußere“ des Diskurses bezeichnet. Das Äußere des Diskurses bilden andere Diskurse oder Relationen, die im Diskurs wirkungsvoll unterdrückt werden, aber dennoch nach wie vor vorhanden sind. Beispielsweise konstruiert ein auf Rationalität ausgerichteter Diskurs eine Norm, was als vernünftig, sinnvoll und klug gilt. Doch um dies klar definieren zu können, braucht es auch die Verweise darauf, was als unsachlich, irrational und verückt gilt. Mit der Konstruktion des Sinnvollen wird damit das Absurde stets mit reflektiert – zum einen als Bedrohung, weil die Gegenbeispiele durch das Mitdenken den Status einer Alternative erlangen, zum anderen aber auch als Festigung des rationalistischen Diskurses, weil dieser sich darüber besser abgrenzen kann. Obwohl das Äußere den Diskurs untergräbt und in ihm Bedeutungsänderungen ermöglicht, trägt das Äußere als „konstitutives Äußeres“⁶⁴ gleichzeitig zur Festigung des Diskurses bei. Je mehr sich der Diskurs abgrenzen und Unterschiede errichten kann, desto klarer und eindeutiger wird seine eigene Identität (vgl. Stäheli 2000: 25; Moebius 2009: 428).

Es ist die Absicht der Poststrukturalist_innen, auf jenes „konstitutive Äußere“ der Diskurse hinzuweisen. Für sie stellen die marginalisierten oder verdrängten Aussagen einen elementaren Teil der Diskurse dar, aus denen gelernt werden kann,

64 Derrida gilt zwar als Entwickler des Konzepts des konstitutiven Außens, benutzt den Begriff selbst allerdings nicht. Laut Mouffe (Mouffe 2014a: 25) führte Henry Staten diesen Begriff erstmals in die Derridarezeption ein (vgl. Staten 1984: 24).

wie sich die Diskurse zu dem entwickelten, was sie heute sind. Solange das Äußere als „irrational“, „absurd“ oder unwichtig abgetan wird, entgehen der Gesellschaft zum einen wichtige Erkenntnisse über ihre eigenen Denkmuster und zum anderen verschließt sie sich vor alternativen Handlungsansätzen. Das Äußere zu negieren, begrenzt für Poststrukturalist_innen die politischen Möglichkeiten.

1.4.5 Macht und Politik

Wird die Kontingenz der Zeichen und die Wandelbarkeit ihres Sinns radikal gelesen, stellt sich die Frage, wie fixierte Bedeutungen zustande kommen können – denn durch die vielen Alternativmöglichkeiten ist jede Sinnzuschreibung angreifbar. In dieser radikalen Version müssten die Sprache und die gesellschaftlichen Sinnsysteme aus sogenannten „flottierenden Signifikanten“ bestehen, deren Bedeutungen sich ständig ändern, weil sie nicht auf einen festen Punkt zurückgeführt werden können. Ein solches Signifikationssystem würde allerdings seinen Sinn verlieren, denn es könnte ohne zumindest zeitweise gefestigte Bedeutungen gar nichts mehr bezeichnen. „Angesichts prinzipieller Kontingenz ist also immer eine mehr oder weniger stabile *Sinnfixierung* notwendig, da es ohne diese immer fiktive Fixierung von Bedeutung überhaupt keine Bedeutung gäbe. [Herv.i.O.]“ (Hirseland/Schneider 2001: 389) Der Poststrukturalismus wandelt sich an diesem Punkt von einer Erkenntnistheorie zu einer politischen Theorie: Zeichen und Identitäten erhalten ihre Sinnfixierung durch Machtprozesse. Nur wenn alternative Sinnangebote wirkungsvoll und machtvoll ausgeschlossen, verdrängt und marginalisiert werden, kann ein bestimmter Sinn sich zeitweise durchsetzen. Das gesellschaftliche Wissen und alle überlieferten Wortbedeutungen sind das Ergebnis von Machtprozessen. Diese müssen nicht direkt und sichtbar wirken. Im Gegenteil, Machtprozesse sind zumeist subtile und komplexe Vorgänge, zum Beispiel das sehr häufige Wiederholen einer Alternative, so dass diese „natürlich“ wirkt.

Zur Illustration soll ein Beispiel dienen, das auf den ersten Blick unpolitisch erscheint: Für die meisten Europäer_innen ist es selbstverständlich, dass nur eine Liebesheirat ihnen die Chance auf eine glückliche und langlebige Beziehung garantiert. Trotz der relativ kurzen Geschichte der romantischen Beziehungen und Liebesheiraten wird dieses Lebensmodell heutzutage praktisch nicht mehr hinterfragt und arrangierte Ehen werden in der europäischen Öffentlichkeit wenn dann nur in einem negativen Zusammenhang erwähnt. Macht besteht also darin, dass durch die existierenden Diskurse und deren spezifischer Bilder auf Phänomene der Welt das vorgegeben wird, was denk-, sag- und fühlbar ist. Eine von den Eltern arrangierte Ehe

käme für die meisten Deutschen gar nicht infrage.⁶⁵ Dieses Beispiel zeigt auch in einem zweiten Sinne die subtile Wirkung von Macht auf. In einer politikwissenschaftlichen Arbeit wirkt ein solches Beispiel zunächst deplaziert, weil es sich um eine kulturelle und private Frage dreht und nicht um eine politische. Diese Einteilung ist aber ihrerseits von einer Machtwirkung durchzogen, nämlich der Auffassung darüber, was als Politik angesehen wird und was nicht. Das Private gilt nach dieser Einteilung oftmals als nicht von der Politik beeinflussbar, weil es als „vopolitisch“, „natürlich“ und/oder als besonders schützenswert gegenüber politischen Einflüssen betrachtet wird. Nicht erst Feminist_innen beklagen, dass diese Kategorisierung höchst politische Themen aus der Politik herausnimmt, sondern der Gegensatz zwischen Öffentlichkeit und Privatheit stellt bereits seit der Antike ein Spannungsfeld dar (vgl. Gurr 2014). Die Poststrukturalist_innen nehmen die Haltung ein, dass insbesondere Normalitäten in die machtvollsten Diskurse eingebettet sind und sich als genauso politisch wie klassische politische Themenbereiche entpuppen. Bereits die Trennung in einen politischen und einen unpolitischen Bereich ist eine politische Entscheidung, das heißt jeder private Raum wurde durch Machtwirkungen erzeugt. Er ist also mitnichten machtfrei und unpolitisch.

Macht wird von Poststrukturalist_innen daher, neben den anerkannten repressiven Formen, als „produktiv“ angesehen.⁶⁶ Macht bringt Realitäten hervor, indem sie sie als den „wahren“ Blick auf die Welt institutionalisiert. Die Konstruktion von Realität geht so weit, dass sie sich, wie im letzten Kapitel beschrieben, bis in die Körper einschreibt und die reale Welt selbst maßgeblich gestaltet.

Machtprozesse lösen in den poststrukturalistischen Theorien „Essenzen“ und „Strukturen“ als Fundamente ab. Die Gesellschaft hat sich nicht zur heutigen Form entwickelt, weil dies naturgegebene Gesetze vorschreiben, sondern ist durch

65 Für das Beispiel ist der denkbare Einwand unerheblich, dass die Meinung der westlichen Menschen zu Liebesheiraten nicht durch Macht hervorgebracht wird, sondern aus der Einsicht und dem Lernprozess der Gesellschaft entstanden ist, dass Liebesbeziehungen glücklicher verlaufen. Entscheidend ist, dass das Modell der arrangierten Ehe für die heutige westliche Gesellschaft als Alternative nicht mehr existiert.

66 Vor allem Foucault hat den Begriff der produktiven Macht geprägt. Er grenzt sich damit von Machtbegriffen ab, die Macht vor allem als Restriktion und Einschränkung sehen (juridische Macht). In diesen Machtbegriffen hat ein Subjekt bestimmte eigene Interessen, wird aber durch Machtprozesse (Gesetze, Traditionen, Druck, Gewalt) davon abgehalten, diesen nachgehen zu können. Die Interessen und die Identität des Subjekts werden als von der Macht unabhängig angesehen und sind in poststrukturalistischer Sichtweise daher essentialistisch. Das poststrukturalistische Gegenmodell besagt hingegen, dass es neben der juridischen Macht eine produktive Macht gibt, die solche Interessen hervorbringt. In diesem Machtmodell stehen die Interessen und Identitäten eines Subjekts in Wechselwirkung mit den es umgebenden Machtprozessen.

Machtprozesse geformt worden. In poststrukturalistischen Theorien kommt der Politik daher ein Primat zu: Konflikte können nicht gelöst werden, indem auf Wahrheiten rekurriert wird, die nur noch angewendet werden. Stattdessen müssen Konflikte durch politische Prozesse entschieden werden, weil sich niemand auf objektives Wissen berufen kann. „Macht ist ein Fixpunkt von poststrukturalistischen im Unterschied zu strukturalistischen Analysen.“ (Moebius/Reckwitz 2008a: 15)

Da Macht von Poststrukturalist_innen bereits in der Bedeutungsgebung verortet wird, ist ihr Machtbegriff entsprechend umfassend. Sie sehen Macht als „Mikromacht“ an und lehnen es ab, sie bestimmten Institutionen, Themen oder Personen zuzuschreiben (zum Beispiel dem Staat, dem „Öffentlichen“ oder der Bundeskanzlerin). Vielmehr durchzieht die Macht sämtliche Diskurse und diese sind auch in ihrer Gesamtheit ein Produkt von Machtprozessen. Diskurse stellen diejenigen Aussagen dar, die sich durch Macht als „sinnvoll“, „wahr“ und „vernünftig“ etabliert haben. Die Aussagen dominanter Diskurse gelten als so selbstverständlich und alternativlos, dass sie immer wieder als Ausgangspunkt für weitere Aussagen dienen. Einen Bereich jedoch als „gegeben“ und damit als unpolitisch einzustufen, ist eine politische Strategie von großer Macht. Das poststrukturalistische Augenmerk liegt darin, die scheinbar neutralen Themen wieder der Kritik und Politik zugänglich zu machen.

1.4.6 Das Subjekt

Eine wirkungsvolle Macht der Diskurse besteht darin, dass Diskurse die Grundlagen und Grenzen für menschliches Denken bilden. Sprache ist in diesem Sinne kein unproblematisches Werkzeug, dessen sich souveräne und selbstbestimmte Menschen bedienen können, um ihre ureigenen Gedanken zu formulieren. Vielmehr ist die Sprache entscheidend an der Ausformung dieser Gedanken beteiligt. Nach dieser Sichtweise kann allerdings von einem unabhängigen, sich selbst transparenten und autonomen Menschen nicht mehr die Rede sein. Die klassische Vorstellung des Menschen als Subjekt muss aufgegeben werden.⁶⁷

Poststrukturalist_innen bestreiten, dass ein Subjekt souveräne Entscheidungen treffen kann – die Souveränität wird immer durch die vorherrschenden Diskurse eingeschränkt. Das Subjekt kann sich bei seinen Entscheidungen auch nicht selbst transparent sein. Es kann nicht überschauen, welche der vielfältigen Diskurse seine Gedanken im Speziellen beeinflussen, denn seine Selbstreflexion findet mithilfe dieser Diskurse statt. In vielen Fällen werden diese Diskurse vom Subjekt gar nicht wahrgenommen, weshalb das Gefühl der Beeinflussung (ein Anlass für eine kritische Reflexion) erst gar nicht entsteht. Auch kann das Subjekt nicht mögliche Sinn-

67 Zum klassischen Subjekt siehe Honert 2011: 83-90; Reckwitz 2008a: 12.

brüche und Mehrdeutigkeiten aus dem eigenen Denken verbannen, denn wenn diese in den Diskursen enthalten sind, so gilt das auch für die Anwendung von Diskursen. Dazu kommt, dass in den verschiedenen Diskursen das Subjekt jeweils eigene Rollen einnimmt. Es wird bei unterschiedlichen Gelegenheiten unterschiedliche Denk- und Redeweisen pflegen, die sich durchaus widersprechen können. Das Subjekt ist in diesem Sinne weder kohärent noch einheitlich. Für Poststrukturalist_innen ist die gegenteilige Empfindung vieler Menschen, dass sie eine Einheit darstellen, ebenfalls das Ergebnis eines Diskurses (vgl. Kapitel 3.4 und 4.2.4).

Allerdings gehen Poststrukturalist_innen nicht so weit, dass jegliches menschliche Handeln durch Strukturen und Diskurse determiniert ist. Gerade weil die Diskurse kontingent sind und vielfältige Sinnbrüche, Mehrdeutigkeiten, Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten nach sich ziehen, können sie die Handlungen eines Subjekts nicht vollständig festlegen. Das Subjekt hat immerhin die Möglichkeit zwischen verschiedenen „Subjektpositionen“⁶⁸ – Angebote von Diskursen, welche Rolle ein Mensch annehmen kann – zu wählen. Es gibt zwar dominante Subjektpositionen und ein Mensch kann unmöglich aus den denkbaren Subjektpositionen ausbrechen, aber durch die verschiedenen Diskurse kann eine Person auf marginalisierte Rollen ausweichen. Zudem ist niemand auf bestimmte Subjektpositionen dauerhaft festgelegt. Für Poststrukturalist_innen finden immer wieder „Subjektivierungen“ statt: Subjekte werden durch Diskurse und soziale Praktiken produziert und wandeln sich, wenn sie zwischen verschiedenen Diskursen stehen oder Diskurse eine Änderung erfahren haben.

Poststrukturalist_innen drehen die klassische Sichtweise auf Subjekte und Identitäten um. Laut dieser besitzt der Mensch ursprünglich einen Wesenskern, der von der Umwelt unabhängig existiert. Dessen wahre Interessen können zwar durch gesellschaftliche Normen unterdrückt werden, aber sie geben vor, wie der Mensch in Wirklichkeit ist. Für Poststrukturalist_innen hingegen gibt es ursprünglich Diskurse, deren Normen die Identitäten der Menschen konstruieren: Identitäten bilden sich durch die Diskurse aus und können sich im Laufe der Zeit verschieben. Kein Mensch ist durchgängig an eine ganz bestimmte Identität gebunden.

Als Kernmerkmale des poststrukturalistischen Denken lassen sich nun zusammenfassen: Für Poststrukturalist_innen werden Sinn und Bedeutungen über Differenzen erzeugt. Basierend darauf lehnen sie die Existenz von essentialistischen und außerdiskursiven Wahrheiten ab und begreifen die menschliche Wahrnehmung der Welt als Konstruktion von gesellschaftlichen Diskursen. Da Bedeutungen langfristig nur durch Machtprozesse innerhalb dieser Diskurse aufrecht erhalten werden, aber ansonsten kontingent sind, suchen Poststrukturalist_innen nach den Instabili-

68 Dieser Begriff wurde von Foucault entwickelt und wird auch von Laclau und Mouffe verwendet, siehe Kapitel 2.3.9.

täten in der Sinngebung sowie nach den verdrängten und marginalisierten Alternativen zu den vorherrschenden Sinnangeboten. Das klassische autonome Subjekt weisen sie zurück, da es sich als ein untaugliches, ja sogar in die Irre führendes Menschenbild erwiesen hat. Menschen sind für sie zwar nicht determiniert, aber Diskurse geben das Denk- und Sagbare vor, so dass die Menschen in ihrem Denken und Handeln stark durch die Diskurse geprägt sind.

1.5 AUSWAHL DER BEHANDELTEN DENKER_INNEN

Diese Arbeit lotet das Spannungsfeld aus, das sich zwischen der von Kritiker_innen monierten demokratie- und humanismusfeindlichen Haltung der Poststrukturalist_innen sowie deren späteren Bejahungen der Demokratie erstreckt. Um diesen Widerspruch behandeln zu können, braucht es eine präzise Arbeitsdefinition des Poststrukturalismus. Eine unspezifische und weite Kategorisierung birgt für diese Arbeit ein Fehlerpotenzial: So könnte hypothetisch der Widerspruch zwischen demokratiebejahenden und -ablehnenden Poststrukturalist_innen darauf beruhen, dass diese innerhalb der weiten Kategorisierung in zwei Lagern zu verorten sind, welche nicht dieselben Grundthesen teilen und daher für die Demokratie zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Aufgabe dieser Arbeit ist es daher jene Denker_innen zu untersuchen, die sowohl mit poststrukturalistischen Thesen arbeiten als auch eine demokratieaffine Position einnehmen.

Die in den vorigen Kapiteln erläuterte Arbeitsdefinition soll helfen, diesen Fehler zu vermeiden, indem sie bewusst eng gewählt ist. In einer Arbeit, die sich mit Denker_innen beschäftigt, die ihre eigenen Standpunkte und Vorgehensweisen kritisch hinterfragen, ist es unumgänglich zu betonen dass die Zusammenstellung der Denker_innen auf einer *Wahl* beruht. Diese Wahl beruht auf guten Gründen, hätte aber auch anders getroffen werden können. Die Gründe für diese Wahl werden nun erläutert, ebenso welche Denker_innen ausgeschlossen werden.

Die von mir ausgewählten Denker_innen – Jacques Derrida, Judith Butler, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe – vertreten die oben ausgeführten poststrukturalistischen Kernthesen. Zwar verfolgen sie jeweils eigene Begründungswege, Schwerpunktsetzungen und Schlussfolgerungen, aber sie teilen eine große gemeinsame Basis in ihrem Denken. Ihre Schriften wurden in der Vergangenheit aufgrund dieser poststrukturalistischen Thesen als antihumanistisch, relativistisch, apolitisch und/oder problematisch für die Demokratie angegangen. Dennoch haben sich alle vier Denker_innen für die Demokratie ausgesprochen und in ihren Schriften Überlegungen zur Demokratie und demokratischen Normen veröffentlicht.

Die obige Arbeitsdefinition des Poststrukturalismus nimmt vor allem die Thesen der ersten Generation der Poststrukturalist_innen (vor allem Baudrillard, De-

leuze, Derrida, Foucault, Guattari, Lyotard) auf und sortiert damit jene Denker_innen aus, die durch diese Thesen inspiriert wurden, ihnen aber nicht in allen Punkten folgen (zum Beispiel Alain Badiou und Jacques Rancière). Diese Engführung wurde aus folgenden Gründen vollzogen: Sie orientiert sich erstens an der in der Literatur aufgestellten Kernmerkmalen des Poststrukturalismus, die sich zu meist auf die Thesen der ersten Poststrukturalist_innen beschränken.⁶⁹ Zweitens soll die Engführung gewährleisten, dass die Unterschiede der behandelten Denker_innen nicht zu gravierend werden, sondern in den theoretischen Grundlagen eine hinreichend große gemeinsame Basis besteht. Drittens entwerfen jene Denker_innen ein relativ durchgängiges Theoriegebäude, das von der Erkenntnistheorie über einen Subjekt- und Politikbegriff hin zur Gesellschaftstheorie reicht. Viertens bezieht sich diese Arbeit auf die Kritik, dass die poststrukturalistischen Theorien die liberale Demokratie angreifen. Diese Kritik wendet sich hauptsächlich an Theorien der engeren Poststrukturalismusdefinition. Die engere Definition ist also für diese Fragestellung zentral.

Mit der Engführung bleiben allerdings viele andere Kategorisierungen unberücksichtigt, in die von poststrukturalistischen Gedankengängen inspirierte Denker_innen eingeordnet werden. Diese Kategorisierungen sind für diese Arbeit nicht geeignet, weil sie entweder zu weit gefasst sind oder sich mit zu spezifischen Themen beschäftigen. Wie schon in Kapitel 1.4 erörtert, zählen zu den umfassenden, breiten Überbegriffen die Postmoderne, die „French Philosophy“, „French Theory“, „Theory“ und die „Kontinentalphilosophie“. Bei den engeren Zuschreibungen, die sich nur auf spezifische Aspekte des Poststrukturalismus beziehen, sind die Kategorien der „Denker_innen des Politischen“, des „Postfundamentalismus“, des „Post-Marxismus“, und der „radikalen Demokratie“ zu nennen. Diese rekurren auf die Schlussfolgerungen aus dem Antiessentialismus hin zur Betonung des Politischen oder auf die Ideen für eine radikale beziehungsweise postmarxistische Demokratie. Dabei fragen sie, wenn überhaupt, nur am Rande nach den möglichen Brüchen zwischen den politischen Theorien und den demokratischen Vorstellungen dieser Denker_innen. Auch treten diese Brüche mitunter nicht auf, denn nicht jede Konzeption einer radikalen Demokratie beruht auf Differenzdenken und nicht jeder postfundamentalistische Ansatz birgt eine Kritik des klassischen Subjekts in sich. In dieser Arbeit sollen jedoch nur jene Denker_innen behandelt werden, die die aufgeführten poststrukturalistischen Kernthesen vertreten, die sich dennoch mit Demokratie beschäftigen und die klare Bekenntnisse zu demokratischen Normen und Demokratie als Herrschaftsform abgeben.

69 Vgl. Angermüller 2007; Frank 1984; Lepper et al. 2005; Moebius/Reckwitz 2008b; Münker/Roesler 2000; Peters 2001; Sarup 1993; Sayyid/Zac 1998; Stäheli 2000; Tepe 1992 und Weedon 1990.

Die im Folgenden dargestellten Denker_innen werden daher aussortiert: Die ersten Poststrukturalist_innen haben sich, von Derrida abgesehen, nicht (wie Roland Barthes, Michel Foucault, Julia Kristeva und Jacques Lacan) oder nur am Rande mit Demokratie beschäftigt. Jean Baudrillard wird von Marc Ziegler zwar als ein „Vordenker der radikalen Demokratie wider Willen“ (Ziegler 2011: 217) und als „ein Klassiker der radikalen Demokratie *à contre-cœur*“ (ebd.: 239) eingestuft, doch er vertritt in seiner Theorie weder Demokratie, Menschenrechte, noch universelle Werte wie Gerechtigkeit oder Gleichheit. Seine Leistung ist es, laut Ziegler, dass er mit seinen Thesen zum Verschwinden des Politischen hin zu einem „Transpolitischen“ Grundlagen für die Theorien der radikalen Demokratie bietet. Als bloßer Vordenker ist Baudrillard für diese Arbeit allerdings nicht ergiebig genug. Bei Gilles Deleuze und Félix Guattari arbeitet Paul Patton⁷⁰ die demokratischen Ansätze heraus, vor allem, da sie in ihren jüngsten Werken den Begriff des „Demokratisch-Werdens“ (Deleuze/Guattari 2000: 131) einbringen. Patton konstatiert, dass Deleuze und Guattari sich demokratischen Werten zuwenden und dies bereits in ihrer früheren Philosophie angelegt gewesen sei (Patton 2010a: 201). Ihre Theorie wird im Folgenden jedoch nicht weiter behandelt: Zum einen ist Deleuzes und Guattaris politische Philosophie zu wenig entwickelt (vgl. Krause/Rölli 2004: 257; Patton 2010a: 199) und die wenigen Verweise auf Demokratie oder das „Demokratisch-Werden“ zu knapp (vgl. Patton 2005a: 54; Patton 2010a: 217-221). Zum anderen wird die Frage gestellt, ob Deleuze und Guattari nicht sogar antidemokratisch seien (vgl. Mengue 2003; Patton 2005b; Thoburn 2003). Jean-François Lyotard sprach sich in Interviews immer wieder für Menschenrechte und Demokratie aus (vgl. Schumacher 2004: 307). Seine philosophischen und politischen Schriften hingegen werden kontrovers gedeutet. Den einen fehlt ein eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie sowie eine Verknüpfung seines radikalen Pluralismus mit gängigen demokratischen Pluralismustheorien (vgl. Benhabib 1984: 122-125; Reese-Schäfer 1998: 151). Andere hingegen betonen die Vereinbarkeit zwischen Lyotards Thesen und demokratischen Kerngedanken (vgl. Bonacker 1997; McKinlay 1998; Welsch 1993: 182f., 240) oder lesen aus seinen Schriften gar eine „postmoderne Demokratietheorie“ heraus (vgl. Giehle 1994). Es wird jedoch deutlich, dass die demokratischen Aspekte Lyotards mehr der „Inspiration“ und als kritische Anmerkungen für Demokratietheorien dienen.

Als Hauptvertreter_innen eines späteren Poststrukturalismus werden zumeist Laclau, Mouffe, Butler und Slavoj Žižek aufgeführt. War Žižek in den 1990er Jahren ein Vertreter der radikalen Demokratie, so hält er mit den Jahren zunehmend größere Distanz zu ihr.⁷¹ Er wirft ihr vor, nach wie vor im Diskurs des Kapitalismus

70 Vgl. Patton 2005a, Patton 2005b, Patton 2008; Patton 2010a, Patton 2010b.

71 Vgl. Boucher 2010; Dean 2005; Hell 2006: 78, 93; Moolenaar 2004; van der Steen et al. 2012: 121-126; Weber 2011.

zu verbleiben, zu wenig das den Gesellschaften zugrunde liegende Wirtschaftssystem zu politisieren und bestimmte Diskurse zu tabuisieren. Für ihn ist die radikale Demokratie nicht radikal, sondern systemerhaltend, denn ihre Instrumente gehen nicht weit genug, um Alternativen zu schaffen und die Möglichkeit einer umwälzenden Politik zu bieten.. Sie lässt ihren Bürger_innen in Bezug auf ihr Wirtschaftssystem keine echte Wahlmöglichkeit, die in Konkurrenz zum kapitalistischen System steht. Seine Lösung besteht daher in der Theoretisierung eines wahren revolutionären Aktes, einer radikalen und tiefgreifenden Tat, des „emanzipatorischen Terrors“ (vgl. Žižek 2011: 119), dessen Folgen auch nicht absehbar seien und für den man folglich große Risiken eingehen müsse (vgl. Robinson/Tormey 2005). Als Folge wendet sich Žižek in seinen späteren Schriften vermehrt Revolutionstheorien sowie dem Leninismus zu. Žižeks Theorie geht daher in eine andere Stoßrichtung als diese Arbeit.

Nicht so prominent sind William E. Connolly und Jean-Luc Nancy. Vor allem in Europa ist Connolly eher unbekannt, gilt in den USA aber als ein wichtiger Politikwissenschaftler der Gegenwart. Es wäre ohne weiteres möglich gewesen, diese Studie um die Schriften von Connolly und Nancy zu erweitern: Connolly ist von Foucault und Deleuze beeinflusst und teilt die poststrukturalistischen Grundeinstellungen, dass die Identität der Menschen nicht auf deren spezifischem Wesen, sondern auf Abgrenzung und Differenz beruht, und dass Essentialismen abzulehnen sind. Darauf aufbauend beschäftigt er sich ausführlich mit Demokratie sowie Pluralismus und entwickelt sein Konzept des „democratic agonism“:

„For Connolly, individuals and groups always already find themselves caught up in the process of becoming and the play of social forces, and there is no rationalist vantage point from which to arrest temporarily the flow of life. Sometimes this condition induces fear and resentment in social actors, and Connolly advises individuals to cultivate agonistic respect and and critical responsiveness in order to mediate their relations with others.“ (Wenman 2008: 166f.)

Nancy bezeichnet sich selbst als Dekonstruktionist und baut sein Denken in starkem Maße auf Derrida auf. Gemeinsam mit Philippe Lacoue-Labarthe erarbeitete er einen Begriff des Politischen den er der Politik trennt (Lacoue-Labarthe/Nancy 1981, 1983). Nancy begreift die Menschen als in die Gemeinschaft verwoben und ihre Identität ist ohne die Gemeinschaft nicht denkbar (was als seine Auslegung des poststrukturalistischen Diskurskonzepts zu sehen ist). Er beschäftigt sich mit der Frage, wie Gemeinschaft antiessentialistisch gedacht werden kann, das heißt er geht weder von vorgegebenen Identitäten der Individuen noch von einer Identität der Gemeinschaft aus (vgl. Norris 2000: 273). Zur Demokratie hat Nancy mit „Die Wahrheit der Demokratie“ (2009) einen schmalen Band veröffentlicht, in dem er die Fixierung auf den Output beziehungsweise die „Politik der Bewerbstellung“

(vgl. Nancy 2009: 40) in den heutigen Demokratien beklagt. Die Konzentration auf das Funktionale anstatt auf Beteiligung macht er als Grund für die zunehmende Demokratiemüdigkeit aus.

Sowohl Nancy als auch Connolly unterscheiden sich in ihrer Eignung für diese Arbeit nur um Nuancen von Butler. Es war jedoch aufgrund des Umfangs der Arbeit notwendig, sich auf eine_n der drei zu beschränken. Beide treten in der Auswahl hinter Butler zurück, da der Fokus der Arbeit auf der Spannung zwischen Poststrukturalismus und Demokratie liegt. Connolly bietet zwar viele Anregungen für die Demokratietheorie, hat jedoch die poststrukturalistischen Grundlagen weniger als Butler ausgearbeitet. Nancys Beiträge zur Demokratietheorie fallen eher gering aus und stellen zu wenige Verbindungen zu seinen poststrukturalistischen Grundlagen her.

Jacques Rancière und Alain Badiou werden oft gleichermaßen als (Post-)Marxisten, als auch als Postfundamentalisten bezeichnet (vgl. Marchart 2010; Hewlett 2010). Als Schüler von Althusser werden sie mit aufgeführt, wenn von der „französischen Theorie“ die Rede ist, und sie werden nicht selten auch im Umkreis des Poststrukturalismus verortet (Hewlett 2010: 17). Sie setzen sich mit der Demokratie auseinander (Badiou/Rancière 2010; Rancière 2002; Rancière 2011) und gelten als Theoretiker der radikalen Demokratie. Jedoch werden sie keinen Eingang in diese Arbeit finden: Rancière mag zwar Foucault ähneln, weil sich beide Randgruppen und Ausgeschlossenen der Gesellschaft zuwenden (Rancière 1981) und die Metaphysik für ihre Ausschlüsse kritisieren (Rancière 2002). Rancières politische Grundbegriffe und sein Menschenbild entsprechen allerdings nicht der hier aufgeführten engen Definition von Poststrukturalismus, wenngleich seine Theorien manche Überschneidungen aufweisen. Beispielsweise ist sein Politikbegriff ähnlich, da das Politische für ihn das Kontingente, das Unvorhergesehene, der Einbruch der Anteilslosen in die Ordnung der „Polizei“ darstellt. Badiou wird zuweilen als Denker der „französischen Theorie“, als Lacanianer und als untergründiger Postfundamentalist angesehen, der poststrukturalistische mit marxistischen Ideen zu einen versuche (vgl. Angermüller 2007: 40; Marchart 2010: 87, 153). In diese Arbeit findet er keinen Eingang, weil seine Thesen oftmals mit dem Poststrukturalismus brechen: Er sieht sich als Platoniker, will zu Wahrheit und Subjekt zurückfinden, und kritisiert den *linguistic turn* sowie das Verkünden des Tods der Metaphysik.⁷² In diesem Sinne ist er eher als (Post-)Marxist, Maoist und (Ex-)Althusserianer einzuordnen, der den poststrukturalistischen Theorien distanziert, abweisend oder sogar feindlich entgegensteht und der die liberale und parlamentarische Demokratie eher kritisiert (vgl. Marchart 2010: 156).

72 Vgl. Badiou/Rancière 2010: 21, 26; Hallward 2003: xxiif.; Hebekus/Völker 2012: 174ff., 192; Hewlett 2010: 24; Marchart 2010: 154.

Derrida, Butler, Laclau und Mouffe teilen grundlegende Gemeinsamkeiten. Doch gibt es durchaus wichtige Unterschiede zwischen den einzelnen Denker_innen: Sie wählen differierende Ansätze, um die poststrukturalistischen Thesen zu begründen, und ihre Schlussfolgerungen führen zu verschiedenen Ergebnissen. Damit die jeweilige Hinwendung zur Demokratie nachvollzogen kann, werden im Folgenden die erkenntnistheoretischen und politischen Theorien von Derrida, Butler, Laclau und Mouffe vorgestellt.